

roinfo

Tiroler Raumordnung und Regionalentwicklung

Heft 35 · September 2008

4 Aus Vielfalt wächst Stärke –
Tiroler Regionalpolitik 2008 – 2013

6 Schwerpunkte der Tiroler
Raumordnungspolitik 2008 – 2013

8 Neue Projekte für
den Alpenraum

11 Internet für alle!

14 .. Wieviel Heizenergie
steckt im Tiroler Wald?

18 ... Tirol setzt auf Rad

22 . Brennerbasistunnel –
Auswirkungen auf
den Raum

26 Baulandbilanzen in
peripheren Gebieten

28 . .Entwicklung qualitativvoller
Siedlungen



tirol

Unser Land.

Amt der Tiroler Landesregierung

inhalt themen

3 Herausgeberbrief Franz Rauter

Raumordnungs- und Regionalpolitik

4 Aus Vielfalt wächst Stärke –
Tiroler Regionalpolitik 2008 – 2013 Landeshauptmann Günther Platter

6 Schwerpunkte der Tiroler
Raumordnungspolitik 2008 – 2013 Landesrat Christian Switak

Regionalentwicklung

8 Neue Projekte für den Alpenraum Sigrid Hilger

11 Internet für alle! Manfred Riedl

Koordination in der Raumordnung

14 Wieviel Heizenergie steckt im Tiroler Wald? Christian Schwaninger

18 Tirol setzt auf Rad Gustav Schneider
Günther Zimmermann

Überörtliche Raumordnung

22 Der Brennerbasistunnel – Auswirkungen auf den Raum Elmar Berkold

Örtliche Raumordnung

26 Baulandbilanzen in peripheren Gebieten Manfred Riedl

28 Entwicklung qualitätsvoller Siedlungen Martin Schönherr

Kurzmeldungen

7 Tirol trifft die Kapverden

13 10 Jahre Verein Naturpark Kaunergrat

15 Der ländliche Raum im Aufbruch?

20 Fünf Sterne für Regionen

Statistik aktuell

Demographische Entwicklung in Tirol Peter Berger

23 Guter Start des INTERREG-Programmes Italien - Österreich

IMPRESSUM - *Medieninhaber (Verleger)*: Amt der Tiroler Landesregierung, 6020 INNSBRUCK. *Schriftleitung*: Dipl.-Ing. Manfred Riedl. *Für den Inhalt verantwortlich*: Mag. Franz Rauter, Abteilung Raumordnung - Statistik, Heiliggeiststraße 7-9, 6020 INNSBRUCK, Tel. 0512/508-3602, Fax 0512/508-3605, E-Mail: raumordnung.statistik@tirol.gv.at *Layout*: John Walton, Fa. Graphik & Arts Studio, 6071 ALDRANS. *Umbruch und technische Abwicklung*: Gerhard Hahn. *Druck*: Landeskanzleidirektion, Landhaus, 6020 INNSBRUCK. RO-Info erscheint 2 mal jährlich. Einzelhefte oder Abo können schriftlich beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Raumordnung-Statistik, Heiliggeiststraße 7-9, 6020 INNSBRUCK, Fax 0512/508-3605, E-Mail: raumordnung.statistik@tirol.gv.at bestellt werden. *Kostenersatz*: Einzelheft Euro 3,63 -, Abo-Preis für 2 Hefte Euro 7,26 -; *Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz*: Medieninhaber Land Tirol. Erklärung über die grundlegende Richtung: Information über Angelegenheiten der Raumordnung.



Kofinanziert aus den Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung

Liebe Leserinnen und Leser!

RO-Info erscheint diesmal später als gewohnt. Aus gutem Grund: Tirol hat nach der Landtagswahl vom 8. Juni 2008 eine neue Landesregierung und damit auch neue politische Referenten für die Regionalpolitik und für die Raumordnung. Wir wollten daher jedenfalls die Chance nutzen, dass Landeshauptmann Günther Platter und Landesrat Christian Switak den LeserInnen von RO-Info ihre grundlegenden Vorstellungen über die Schwerpunkte der Tiroler Regional- und Raumordnungspolitik in den nächsten Jahren vermitteln.

In den fachlichen Beiträgen spiegelt sich einmal mehr die große Bandbreite der für die räumliche Entwicklung unseres Landes wichtigen Themen wider. Zugleich wird beispielhaft sichtbar, dass bei der Umsetzung des ZukunftsRaums Tirol an vielen „Baustellen“ emsig gearbeitet wird.

So ist etwa im Rahmen der Energiestrategie Tirol der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energieträger eine der zentralen Zielsetzungen. Eine Möglichkeit dazu ist die Nutzung forstlicher Biomasse. Christian Schwaninger geht der Frage nach, wie viel Heizenergie denn eigentlich im Tiroler Wald steckt und wie es mit der Nutzung dieser Potenziale derzeit aussieht.

Szenenwechsel: Das Fahrrad als Nahverkehrsmittel sowie als Freizeit- und Sportgerät für Einheimische und Gäste gewinnt weiter an Bedeutung. Das Land Tirol und die Gemeinden haben über die Jahre immens viel in den Ausbau des Radwegenetzes investiert, dessen „Rückgrat“ die regionalen Radwanderwege sind. Deren laufende Betreuung und Erhaltung, eine landesweit einheitliche Beschilderung, die Ausstattung mit Serviceeinrichtungen und die optimale Verknüpfung mit den Ortszentren und öffentlichen Verkehrsmitteln sind die Schwerpunkte einer Qualitätsoffensive, bei der auch die Planungsverbände eine maßgebliche Rolle spielen sollen. Gustav Schneider und Günther Zimmermann wissen mehr darüber.

Apropos Verkehr: Von der Dimension her „am anderen Ende der Skala“ ist das Projekt des Brennerbasistunnels angesiedelt. Dabei steht natürlich dessen verkehrspolitische Bedeutung klar im Vordergrund. Ein Projekt dieser Größenordnung hat darüber hinaus in der Bau- und in der Betriebsphase aber auch wesentliche räumliche und regionalpolitische Wirkungen, denen Elmar Berkold ein wenig auf die Spur geht.

In der Regionalentwicklung ist übrigens vieles in Bewegung. Die neuen EU-Regionalförderungsprogramme sind voll ange laufen und werden von den Projektträgern sehr gut angenommen. Bei den INTERREG-Programmen wurde die erste Runde der Projektaufrufe soeben abgeschlossen. Tirol schnitt bei den Projektgenehmigungen sowohl bei den grenzüberschreitenden Programmen als auch im Alpenraum-Programm (siehe Bericht von Sigrid Hilger) überdurchschnittlich gut ab. Gemeinsam mit innovativen Projektträgern und professionellen Regionalmanagements wollen wir dafür sorgen, dass es so bleibt.

Die technische Ausstattung auch der peripheren Regionen Tirols mit Breitband-Internet ist inzwischen weitestgehend abgeschlossen. Nun gilt es, die Möglichkeiten des interaktiven Internet auch tatsächlich zu nutzen. Die in der Startphase befindliche Initiative „Internet für alle“ will – wie Manfred Riedl berichtet – Impulse geben, dass die „digitale Kluft“ im ländlichen Raum nicht nur technisch, sondern tatsächlich geschlossen wird.

Ich freue mich, dass die Idee der verstärkten regionalen Zusammenarbeit immer mehr Fuß fasst. Ein Pionier der integrierten Regionalprojekte, der Verein Naturpark Kautnergrat, feierte dieser Tage seinen 10. Geburtstag. Der engagierte Planungsverband Zillertal ist auf dem Weg zu „Fünf Sternen für Regionen“. Weitere regionale Initiativen sind in Vorbereitung. Weiter so!

Bei der Raumordnung im engeren Sinne sind eine Boden sparende und qualitäts-

volle Siedlungsentwicklung sowie leistbares Wohnen grundlegende Zielsetzungen. Martin Schönherr meldet sich daher mit einigen grundlegenden Gedanken zur Siedlungsqualität zu Wort.

Mit dem Dauerthema der Baulandmobilisierung steht die Raumordnung vor einer ihrer schwierigsten Herausforderungen. Fakten und nicht Emotionen müssen den Weg zur Lösung weisen. Ein klares Bild, wie es mit den „Baulandreserven“ tatsächlich aussieht, ist dabei ein Grunderfordernis. Nachdem schon seit einiger Zeit die Ergebnisse im Zentralraum zwischen Imst und Jenbach vorliegen, wurden inzwischen auch Teile der Bezirke Landeck und Reutte bearbeitet und es liegen nun auch erste Daten über periphere, dünner besiedelte Landesteile vor. Manfred Riedl gibt einen Überblick.

Schließlich gibt es auch neue Daten zur Bevölkerungsentwicklung in Tirol, die die Landesstatistik in einer soeben erschienen Broschüre publiziert hat.

In der Hoffnung, dass RO-Info auch diesmal wieder Ihr Interesse findet, grüßt Sie herzlich



Franz Rauter



Aus Vielfalt wächst Stärke – Tiroler Regionalpolitik 2008 – 2013

Landeshauptmann Günther Platter



Tirol ist ein Land großer regionaler Vielfalt und regional unterschiedlicher wirtschaftlicher Prägung. Eine erfolgreiche Landesentwicklung setzt voraus, dass wir die Möglichkeiten, die in dieser Vielfalt stecken, erkennen, fördern und nutzen.

Regionalpolitik hat Gewicht

Nicht umsonst hat die Regionalpolitik in Tirol seit Jahrzehnten einen hohen Stellenwert - und ich stehe dafür, dass es auch so bleibt.

Der ZukunftsRaum Tirol als Strategiedokument für die räumliche Entwicklung des Landes befasst sich eingehend mit diesem Thema und es gilt daher, die darin enthaltenen regionalpolitischen Maßnahmen weiter konsequent umzusetzen. Dies auch im Einklang mit der Standortstrategie Tirol, die sich mit der Profilierung des Wirtschaftsstandortes Tirol insgesamt befasst und in diesem Zusammenhang betont, dass es zu deren Umsetzung regionaler Konkretisierungen und Differenzierungen bedarf.

Natürlich setzt die Tiroler Regionalpolitik einen Schwerpunkt in jenen Regionen, in denen strukturelle Defizite oder eine zu geringe Entwicklungsdynamik festzustellen sind. Mein Verständnis von aktiver Regionalpolitik beinhaltet darüber hinaus aber auch die Forcierung einer eigenverantwortlichen, differenzierten Regionalentwicklung in allen Regionen des Landes, um vorhandene Potenziale bestmöglich zu nutzen und Probleme vorausschauend zu vermeiden.

Zentrales Ziel der Regionalpolitik ist die Entwicklung unserer Regionen und der darin vereinten Gemeinden als attraktive Lebens- und wettbewerbsfähige Wirtschaftsräume. Unter den heutigen Gege-

benheiten eines globalen Wettbewerbes können kleine Strukturen, wie wir sie im Gebirgsland Tirol vor allem vorfinden, nur mit verstärkter Zusammenarbeit bestehen. Ich bin daher ein uneingeschränkter Verfechter einer Regionalentwicklung, durch die auf Basis gemeinsamer Ziele und Strategien und durch Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und Dynamik die Schwächen der kleineren Strukturen ausgeglichen werden kann.

Handlungsfähige Regionen

In Tirol wurde seit langem eine Struktur der Regionalpolitik aufgebaut und in den letzten Jahren optimiert, die diesem Anspruch im hohem Maße gerecht wird. Diese Struktur beinhaltet zum einen die klare politische und administrative Verankerung dieser Aufgaben auf Ebene des Landes, andererseits die Entwicklung strategisch und operativ handlungsfähiger Einrichtungen auf regionaler Ebene in Form des Regionalmanagements.

Diese in enger Zusammenarbeit mit Gemeinden, Planungsverbänden, Tourismusverbänden und anderen Trägern der regionalen Entwicklung agierenden, auf freiwilliger Basis entstanden Einrichtungen, die es in den Tiroler Regionen gibt, stellen das Rückgrat einer zukunftsfähigen, modernen Regionalentwicklung dar. Ihre weitere positive Entwicklung liegt mir daher sehr am Herzen. Ebenso ist es mir aber auch ein Anliegen, dass die Vernetzung und Zu-

sammenarbeit zwischen diesen regionalen Einrichtungen und den zuständigen Landesstellen optimal funktioniert. Wir sitzen alle im gleichen Boot und können dieses mit vereinten Kräften am besten steuern und vorwärts bringen!

Grenzen überwinden

Regionalentwicklung muss auch Grenzen überwinden. Innere „Grenzen“, wie z.B. jene zwischen städtischen und ländlichen Gebieten ebenso, wie die Landes- und Staatsgrenzen zu unseren Nachbarn. Dazu braucht es neben gutem Willen wiederum auch Strukturen und Abläufe, die geeignet sind, Gemeinsamkeiten zu entdecken und gemeinsam zu handeln. Es ist mir daher sehr recht, dass neben den schon länger bestehenden Euregios im Grenzraum zwischen Tirol und Bayern nunmehr auch INTERREG-Räte im „Rätischen Dreieck“ (Reschen-Region), im Wipptal beiderseits des Brenners und im Raum Osttirol-Südtiroler Pustertal – Belluno ihre Tätigkeit aufgenommen haben.

Was den Blick über Tirol hinaus angeht möchte ich, dass unser Land auch im Konzert der europäischen Regionen eine aktive Rolle spielt und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und zum Austausch nutzt. Mit Befriedigung sehe ich daher eine sehr gute Beteiligung Tirols an transnationalen INTERREG-Projekten vor allem im Rahmen des Alpenraum-Programms und wünsche mir, dass das so bleibt.

EU-Programme qualitätsvoll nutzen

Die Tiroler Regionalpolitik ist seit 1995 untrennbar mit den EU-Regionalförderungen im Rahmen der Strukturfonds und mit den Programmen der ländlichen Entwicklung verbunden. Gerade angesichts der nicht endenden Diskussion über Vor- und Nachteile der österreichischen EU-Mitgliedschaft, möchte ich die positive Wirkung dieser Programme betonen. Im Interesse unseres Landes bin ich dankbar, dass es diese Möglichkeiten gibt.

Es geht dabei nicht nur um die rund 82 EU-Millionen, die im Rahmen des Programmes zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit Tirols, der INTERREG-Programme und der LEADER-Achse im Programm für ländliche Entwicklung in der Periode 2007 – 2013 nach Tirol fließen werden (und die mit weiteren Fördermitteln des Bundes und des Landes gekoppelt werden). Es geht ganz entschieden auch um die qualitativen Impulse die von diesen Programmen ausgehen: sei es der EU-weite Austausch von Wissen und guter Praxis, sei es die Kultur einer programmgebundenen, strategiestützten Förderung, mit klaren Regeln auch für Monitoring und Evaluierung.

Ich weiß schon, dass die administrative Handhabung dieser Programme teilweise schwierig ist und sehe hier weiteren Verbesserungsbedarf, der bei der Vorbereitung der nächsten Programmgeneration berücksichtigt werden muss.

Im Lande haben wir unsere diesbezüglichen „Hausaufgaben“ schon gemacht. In keinem anderen Bundesland gibt es eine derart abgestimmte Handhabung aller in Frage kommenden Programme.

Es liegt mir sehr daran, diese Programme optimal zur Wirkung zu bringen und damit die besten Projekte zu unterstützen. Die – trotz erhöhter Qualitätsanforderungen – große Resonanz auf die ersten Projektaufrufe im Rahmen der neuen Programme stimmt mich hier sehr zuversichtlich.

Damit schließt sich aber auch wieder der Kreis zu den Regionalmanagements, die allesamt als LEADER-Regionen auf Basis



eines regionalen Strategieplanes arbeiten und in einem hohen Maße Verantwortung für eine professionelle Projektentwicklung und Projektbegleitung übernehmen. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken!

Regionalpolitische Schwerpunkte

Die inhaltlichen Herausforderungen der Regionalpolitik sehe ich in einem hohen Maße in der

- regionalen Standortprofilierung und in der Optimierung der regionalen Standortqualität;
- Regionalisierung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen;
- Forcierung einer wissensbasierten, innovativen Wirtschaft auf regionaler Ebene;
- Stärkung des regionalen Zusammenhalts durch Maßnahmen im sozialen und kulturellen Bereich;
- nachhaltigen Inwertsetzung natürlicher und landschaftlicher Ressourcen, die sowohl Schutz- wie auch Nutzungsstrategien einschließt;
- Unterstützung der touristischen Angebotsentwicklung durch Schaffung, Vernetzung und Vermarktung von Erholungsangeboten;
- Verbesserung regionaler Erreichbarkeiten und in der Sicherung von Einrichtungen und Leistungen von Ein-

richtungen der Daseinsvorsorge auch in dünner besiedelten Gebieten;

- Umsetzung der Tiroler Energiestrategie auch auf regionaler Ebene, vor allem in Bezug auf die Nutzung erneuerbarer Energieträger und die Erhöhung der Energieeffizienz;
- Stärkung der Kooperation auch zwischen verschiedenen Wirtschaftszweigen und wirtschaftsrelevanten Aktivitäten, insbesondere auch mit dem Ziel einer integrierten Entwicklung ländlicher Regionen;
- sowie ganz generell in der Mobilisierung und Umsetzung kreativer Ideen in den Regionen.

Die regionalpolitischen Anliegen sind auf das Engste mit den Erfordernissen der Raumordnung verzahnt. Ich bin daher froh, dass diese Bereiche auf Ebene des Amtes der Landesregierung gemeinsam betreut werden und dass es zwischen Regionalmanagements und Planungsverbänden einen engen Schulterschluss gibt.

Tirol ist in der Regionalpolitik bestens aufgestellt. Als politisch Zuständiger für diese Materie freue ich mich daher darauf, in den nächsten Jahren auf solider Grundlage auch in der Regionalentwicklung gute Impulse setzen zu können. ■

Schwerpunkte der Tiroler Raumordnungspolitik 2008 – 2013

Landesrat Christian Switak

Die dynamische Entwicklung Tirols in Kombination mit den knappen räumlichen Ressourcen machen die Raumordnung zu einer ebenso wichtigen wie anspruchsvollen Aufgabe.

Zukunftsverantwortung übernehmen

Die nachhaltige räumliche Entwicklung Tirols ist eine der wichtigsten Zukunftsfragen unseres Landes. Ich sehe es daher als besonders lohnende Herausforderung, politische Verantwortung für die Raumordnung zu übernehmen. Sie erfordert angesichts der vielfältigen und zum Teil konkurrierenden Nutzungsansprüche an den Raum einen um- und weitsichtigen Ansatz sowie das Bewusstsein, dass nicht alle Gegenwartswünsche erfüllbar sind.

Wir brauchen einerseits Impulse für positive Entwicklungen, müssen andererseits aber auch einen Rahmen schaffen, um nachteilige Entwicklungen zu vermeiden. Bei allem Bemühen um breiten Konsens wird es dabei immer Spannungen und Diskussionen geben. Und es werden Entscheidungen notwendig sein, die Mut verlangen. Denn wir werden es nicht immer allen recht machen können.



Ich stelle mich dieser Herausforderung mit der Überzeugung, dass es hier um zentrale Fragen für die Zukunft des Landes geht. Als „Quereinsteiger“ in die Landesregierung bin ich dankbar, mit meiner Tätigkeit an die äußerst engagierten bisherigen Aktivitäten anknüpfen zu können und ein Netzwerk vorzufinden, das mich bei der Bewältigung dieser Aufgabe professionell unterstützt.

Zusammenarbeit ist wichtig

Eine gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden ist mir besonders wichtig, denn dort wird die „tägliche Raumordnung“ vollzogen. Ich werde daher – beginnend im Frühherbst – Zug um Zug alle Planungsverbände besuchen, den persönlichen Kontakt zu den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern suchen und mir ein Bild über die konkreten Anliegen vor Ort machen. Über die Tagesaktualität hinaus haben wir uns in der Regierung vorgenommen, die örtlichen Raumordnungskonzepte in den nächsten Jahren weiterzuentwickeln und fortzuschreiben. Ich werde dafür sorgen, dass hierfür klare Kriterien erstellt werden, die eine inhaltlich und verwaltungsökonomisch sinnvolle Abwicklung möglich machen.

Die weitere Stärkung der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit in den Planungsverbänden ist die positive Antwort auf die zunehmende Aufgabenbelastung unserer vielfach klein strukturierten Gemeinden. Ich werde dafür Sorge tragen, dass diese Zusammenarbeit intensiviert und die den Planungsverbänden offen

stehenden Handlungsmöglichkeiten verstärkt genutzt werden. Der Planungsverband Innsbruck und Umgebung soll nun rasch konstituiert werden – gerade im Großraum der Landeshauptstadt ist Zusammenarbeit in Fragen der räumlichen Entwicklung unabdingbar.

TROG-Novelle und Umsetzung des ZukunftsRaum

Die schon in der letzten Regierungsperiode begonnenen Arbeiten an einer Raumordnungsgesetz-Novelle setzen wir fort. Ich möchte Anfang des nächsten Jahres einen begutachtungsreifen Entwurf auf den Tisch legen. Vorrangige Ziele der Novelle sind die Schaffung guter raumordnerischer Bedingungen für leistbares Wohnen und optimale Wirtschaftsstandorte, verbunden mit einer bodensparenden, kompakten Siedlungsentwicklung. Außerdem lege ich großen Wert auf maßgebliche Vereinfachungen in der Abwicklung der örtlichen Raumordnung.

Weil Raumordnung alle Gebietsebenen betrifft, werde ich mich auch darum kümmern, dass das Land als Träger der überörtlichen Raumordnung „seine Hausübungen macht“.

Mit dem „ZukunftsRaum“ Tirol liegt erfreulicherweise ein bereits von der letzten Landesregierung beschlossener Strategieplan für die räumliche Entwicklung des Landes vor. Das Regierungsprogramm 2008 – 2013 bekennt sich zu dessen Umsetzung. Für mich ist der „ZukunftsRaum“ Tirol die abgestimmte Grundlage der we-



sentlichen raumwirksamen Aktivitäten des Landes. Ich werde daher selbstverständlich meine politische Verantwortung für die gesamthafte Steuerung des Umsetzungsprozesses und für die Umsetzung der unmittelbar raumordnerischen Maßnahmen aktiv wahrnehmen.

Neben der Realisierung jener Maßnahmen, die den unmittelbaren Zuständigkeitsbereich der Raumordnung betreffen, geht es dabei auch um die verstärkte Koordination mit raumwirksamen Aktivitäten, die den Aufgabenbereichen anderer Regierungsmitglieder zuzuordnen sind. Zu nennen sind beispielsweise Verflechtungen zwischen Raumordnung und Verkehr, aber auch zwischen Raumordnung und Naturschutz. Diese Koordinationsaufgabe wird auf Ebene der gesamten Landesregierung ein Thema sein – eine Herausforderung, der wir uns als Team gerne stellen.

Herausforderungen bewältigen

Die räumliche Entwicklung Tirols wird in den nächsten Jahren durch die Bedürfnisse einer weiter wachsenden Bevölkerung und durch die Erfordernisse einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft beeinflusst. Diese Wachstumsfaktoren treffen jedoch auf ein beschränktes Flächenangebot, auf eine hohe Sensibilität von Natur und Landschaft, auf starke regionale Differenzierungen und unterschiedliche Erreichbarkeitsverhältnisse.

Die Raumordnung und weitere raumbezogene Politikbereiche stehen daher vor großen Herausforderungen in Bezug auf

- die starke Nachfrage nach Grund und Boden, insbesondere im Inntal, im Bereich der Bezirkshauptorte und in den tourismusintensiven Gebieten;
- den intensiven Wettbewerb in Bezug auf Betriebsstandorte, Tourismusdestinationen, den Standort fördernde Infrastruktur und Einrichtungen der Daseinsvorsorge;
- die steigende Bedeutung und den steigenden Bedarf an natürlichen Ressourcen, wie Wasser, erneuerbare Energien, mineralische Rohstoffe und schneesicheren und „sommerfrischen“ alpinen Hochlagen;

- die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Verkehrsbedürfnissen und Minimierung der Belastungen durch den Verkehr;
- regionale Entwicklungshemmnisse, insbesondere in dünner besiedelten ländlichen Gebieten.
- Schwerpunkte setzen;

Die Raumordnungspolitik der nächsten Jahre erfordert daher

- eine aktive Steuerung der Siedlungsentwicklung mit dem Ziel kompakter Siedlungen, leistbaren Wohnens, attraktiver Wohnumfelder und guter Erreichbarkeiten;
- die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung durch regionale Standortprofilierung, die Forcierung regionaler Gewerbegebiete und die – gemeinsam mit den Tourismusverantwortlichen durchzuführende – Strategieentwicklung für einen langfristig raumverträglichen Tourismus;
- die Einrichtung einer Kooperationsplattform für die verbesserte Abstimmung von Raumordnung und Verkehr;
- die Erarbeitung von konkreten „Rezepten“ für die Sicherung der Versorgung und der Infrastruktur in dünner besiedelten Gebieten;
- die koordinierte Abstimmung, Sicherung und Entwicklung von Freiraumnutzungen;
- die Verstärkung der Gefahrenprävention in Bezug auf Naturgefahren auch im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels, wobei die Freihaltung von Hochwasserabfluss- und -rückhalteräumen einen Schwerpunkt bilden muss.

All diese Handlungsfelder sind mit Schlüsselprojekten im ZukunftsRaum Tirol verankert. Diese Projekte konkretisieren wir derzeit und setzen sie im nächsten halben Jahr in Gang.

Wir machen uns mit viel Elan an die Arbeit, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen: Eine nachhaltige räumliche Entwicklung Tirols als attraktiver Lebens- und wettbewerbsfähiger Wirtschaftsraum.

Ich freue mich auf diese Aufgabe!

www.tirol.gv.at/regierung

Tirol trifft die Kapverden



Die Republik Kap Verde besteht aus 15 Inseln und liegt knapp 500 km vor der Westküste Afrikas. Auf 4.033 km² leben dort 518.000 Einwohner.

Im Rahmen eines Entwicklungshilfe-Programmes war eine Delegation von hochrangigen Regierungsvertretern und Bürgermeistern von 27. bis 30. Juli zu Gast in Tirol, um Informationen über die Rolle und die Funktionsweise von Gemeinden und Regionen in einem föderalistischen Staat zu gewinnen und um sich insbesondere ein Bild vom Tiroler Modell der Regionalentwicklung und auch von der Raumordnung zu machen.

Neben dem Kennenlernen regionaler Akteure und Projekte in den LEADER-Regionen Imst und Pillerseetal-Leogang bildete ein Besuch im Landhaus in Innsbruck einen weiteren Schwerpunkt des Besuches. Die Gespräche und Diskussionen verliefen außerordentlich intensiv. Trotz aller Gegensätzlichkeiten zwischen den Kap Verden und Tirol gab es erstaunlich viele Themen von gemeinsamem Interesse, so z.B. die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und die Entwicklung und Unterstützung von Projekten, aber auch die Frage der Zweitwohnsitze und der Großhotels.

Nach dem Tirol-Aufenthalt reisten die Gäste noch zu einem Anschlussprogramm nach Oberösterreich weiter.



Neue Projekte für den Alpenraum

INTERREG IVB–Alpine Space Programm

Sigrid Hilger

Für die Strukturfondsperiode 2000-2007 wurden in Europa 13 transnationale Interreg-Programme erarbeitet, darunter auch das für Tirol aufgrund der räumlichen Fokussierung wieder sehr interessante Alpenraumprogramm.

Ebenso wie inzwischen die grenzüberschreitenden Programme des INTERREG IVA – Bereiches gestartet sind, wurden auch im INTERREG IVB-Alpenraumprogramm die ersten Projekte ausgewählt. Man hatte sich im Vorfeld dieser Programmperiode aufgrund der guten Erfahrungen mit dem letzten Call entschlossen, ein zweistufiges

Auswahlverfahren zu implementieren (s.a. RO-Info 34/2007).

In der Stufe 1 wurden 136 Interessensbekundungen abgegeben, davon wurden 23 zur Antragsstellung eingeladen. Das Programmkomitee des INTERREG IVB-Alpenraumprogramms hat am 19./20.06.2008 die ersten 12 Projekte mit einem Volumen von 33,59 Mio

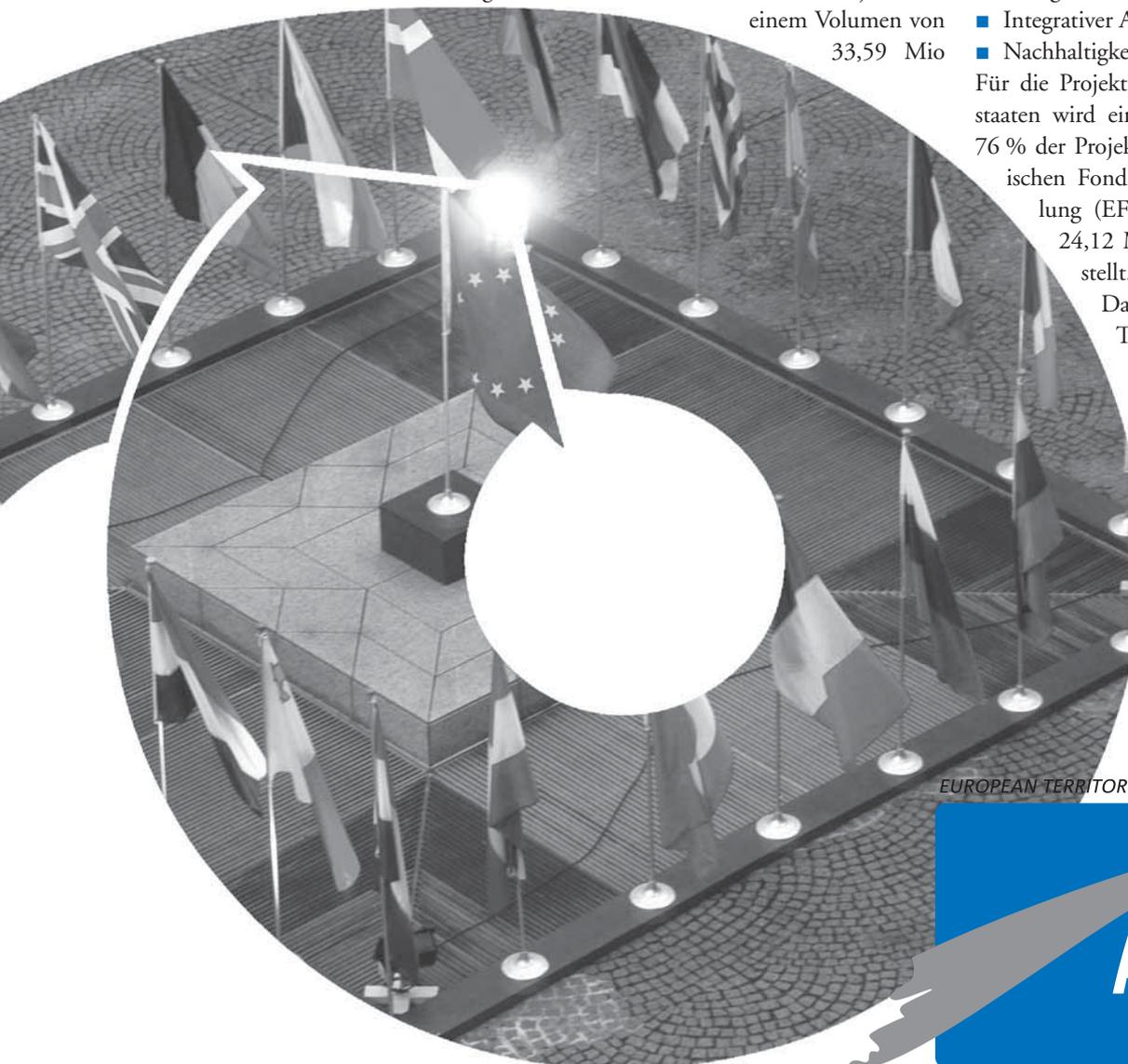
Euro an Projektkosten für eine Förderung ausgewählt.

Bei der Projektselektion stand ua. auch die Einhaltung der Leitprinzipien des Programms im Mittelpunkt. Diese wurden wie folgt definiert:

- Innovationsorientierter Ansatz
- Bezug zur Bergregion
- Integrativer Ansatz
- Nachhaltigkeit und Chancengleichheit

Für die Projektpartner aus EU-Mitgliedsstaaten wird eine Förderung von bis zu 76 % der Projektkosten aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) in Gesamthöhe von 24,12 Mio. Euro in Aussicht gestellt.

Das Ergebnis ist auch für Tirol erfreulich. Bei sieben von den 12 ausgewählten Projekten sind Tiroler Projektpartner beteiligt. In Folge werden von den sieben bewilligten Projekten mit Tiroler Beteiligung einige genauer vorgestellt.



EUROPEAN TERRITORIAL COOPERATION

Alpine
SPACE

ACCESS – Improving accessibility of services of general interest – organisational innovations in rural mountain areas

(ATLR, Abt. Raumordnung/Statistik)

Die fortschreitende Angebotskonzentration von wichtigen Versorgungsleistungen stellt die Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge in vielen Regionen, insbesondere in den dünn besiedelten Bergregionen, in Frage. Diese Gebiete laufen Gefahr, die junge Bevölkerung zu verlieren und wirtschaftlich ins Abseits zu geraten, wodurch die Polarisierung zwischen den leistungsfähigen Zentren mit guter Ausstattung und den wirtschaftsschwachen ländlichen Räumen vorangetrieben wird. Das Projekt zielt darauf ab, neue Modelle für den Zugang zu Versorgungsleistungen in dünn besiedelten peripheren Gebieten zu entwickeln. Am Projekt sind acht Regionen des Alpenraumes aus 4 EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz beteiligt. Der Schwerpunkt wird auf die Bereiche Nahverkehr, Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sowie Nahversorgung gelegt. Die Erkenntnisse aus den Regionalstudien und mögliche Ansätze zur Verbesserung der Situation in den beteiligten Regionen werden gegenübergestellt und daraus übertragbare Strategien und Maßnahmenvorschläge entwickelt. Einzelne Maßnahmen werden in Form von Pilotprojekten umgesetzt.

Mit der Projektbeteiligung werden Beiträge zur Umsetzung des Raumordnungsplans ZukunftsRaum Tirol geleistet:

- Die flächendeckende Sicherung der Grundversorgung in Tirol ist darin als wichtiges Anliegen verankert;
- die Maßnahme „Versorgungsstrategien für unterversorgte Räume“ wird durch das gegenständliche Projekt maßgeblich umgesetzt.

In Tirol wird das Projekt in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Tirol sowie mit der Regionalentwicklung Bezirk Landeck – RegioL durchgeführt. Lead-Partner ist die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB). Die Projektgesamtkosten betragen 2,48 Mio. Euro.



ADAPTALP – Adaptation to Climate Change in the Alpine Space

(ATLR, Abt. Wasserwirtschaft)

Der Klimawandel ist durch einen Temperaturanstieg und durch veränderte Niederschlagsverhältnisse gekennzeichnet. Jede Veränderung dieser Faktoren hat Einfluss auf Häufigkeit und Ausmaß von Naturkatastrophen.

AdaptAlp zielt darauf ab, mehr Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welche Auswirkungen ein Klimawandel auf Regionen haben kann und mit welchen Mitteln evtl. auftretenden Naturgefahren nachhaltig begegnet werden kann. Dies erfordert ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen im gesamten Alpenraum auf transnationaler Ebene bis hin zur lokalen Ebene. Eine Abstimmung bei der Beurteilung von Gefahren, bei der Erstellung von Gefahrenhinweiskarten und Katastern sowie im Risikomanagement erfordert eine Harmonisierung der Terminologie. Ebenso müssen bereits bestehende Lösungsansätze aufeinander abgestimmt werden, um eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse möglich zu machen.

Im Zuge der Projektbearbeitung wird eine derartige Harmonisierung der unterschiedlichen nationalen Herangehensweisen erfolgen. Ein weiteres Ziel von AdaptAlp ist die Ermittlung zuverlässiger Daten zur

Bestimmung von Bemessungsereignissen für zukünftige Szenarien. So sollen bis zu vier Mal genauere Klimasimulationen die Auswirkungen von Starkregen und Dürren im Alpenraum präziser als bisher vorhergesagen. Außerdem werden Vorschläge und Mindestanforderungen für die Erstellung von Hangbewegungskatastern und deren Inhalt erarbeitet.

Der Klimawandel führt in den Alpen vermehrt zu Starkregen; andererseits geraten durch die abschmelzenden Gletscher manche Alpengemeinden künftig in Wassermangel. Die bisherigen Simulationsprogramme konnten nur für 100 Quadratkilometer große Areale, also für große Talräume wie das Inntal Vorhersagen treffen. Da dies für eine kleine Alpengemeinde nicht genau genug ist, sollen mit den neuen Simulationen künftig individuelle Klima-Vorhersagen für jedes einzelne Bergtal möglich werden. Zusätzlich zu den genaueren Klima-Szenarien erhöht das Projekt mit Gefahrenhinweiskarten über Steinschläge, Felsstürze und Erdbeben die Planungssicherheit für seine Alpengemeinden.

Bei diesem Projekt arbeiten 15 Partner – davon drei aus Österreich – des gesamten Alpenraumes zusammen. Leadpartner dieses Projektes ist das Bayerische Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (Deutschland). Die Projektgesamtkosten betragen 2,8 Mio. Euro.

ALPSBIOCLUSTER – Transalpine Bio Cluster

(Tiroler Zukunftsstiftung)

Das Projekt „TransAlpine Bio Cluster“ stellt eine grenzüberschreitende Kooperation im Bereich Bio- und Medizintechnologie dar. Es wird ein transnationaler Cluster mit Partnern aus unterschiedlichen Aktivitätsfeldern aufgebaut. Primäres Ziel ist, die Alpenregionen auf dem Life Sciences Sektor durch ein überregionales Netzwerk zu stärken und dadurch zu ermöglichen, Wissens- und Technologietransfer im alpinen Raum zu verstärken und Kooperationen zu fördern. Geplant ist die Schaffung einer gemeinsamen Plattform mit Profilen der Firmen und Institutionen, gemeinsame, länderübergreifende Workshops und Seminare sowie die jährliche Abhaltung einer „European BioAlpine Convention“ in jeweils einem der Mitgliedsländer, die Unterstützung von KMU's, Start-ups und Forschern sowie der Austausch von Best-Practice.

Folgende Projektziele wurden definiert:

- Aufbau des Transalpine Bio Clusters
- Stärkung von Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen und KMU's
- Wissenstransfer von Forschung in die Wirtschaft
- Organisation von Workshops und Seminaren
- Abhaltung einer „European BioAlpine Convention“ jährlich
- Aufbau einer Markenidentität „Alpine“ für den Bio- und Medizintechniksektor

Durch die starke Vernetzung mit anderen Regionen und die Involvierung unterschiedlicher Aktivitätsfelder wird die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Tirol im Bereich des Life Science erwartet und außerdem ein überregionaler Know-how-Transfer durch die geplanten Veranstaltungen forciert. Die Sichtbarkeit des alpinen Raums im Bereich von Bio- und Medizintechnik wird erhöht und damit auch die Attraktivität Tirols als Standort gestärkt. An diesem Thema arbeiten sieben Partner aus den Staaten Frankreich, Italien, Deutschland und der Schweiz. Leadpartner ist hier Frankreich, die Projektgesamtkosten belaufen sich auf 1,9 Mio. Euro.

Weitere Projekte mit Tiroler Beteiligung in Kürze

CLIMALPTOUR – Climate Change and its impact on Tourism in the Alpine Space

(International Center for Research and Education in Tourism (ICRET), MCI Innsbruck)

Das Projekt untersucht die Auswirkungen des Klimawandels auf den Alpentourismus und es wird hier mit Absicht keine Einschränkung auf den Wintertourismus vorgenommen, sondern eine ganzheitliche Untersuchung lanciert. Es werden Strategie-



entwickelt, um eine ausgeglichene Entwicklung der Regionen im Alpenraum sicher zu stellen und außerdem sollen Anpassungsszenarien auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zur Verfügung gestellt werden, um die ökonomischen und auch soziale, durch den Klimawandel initiierten Prozesse, zu steuern.

Leadpartner ist die Region Venetien. Die Projektgesamtkosten belaufen sich auf 2,8 Mio Euro.

CLISP - Climate Change Adaptation by Spatial Planning in the Alpine Space

(Projektkooperation Abt. Raumordnung/ Statistik)

Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge von Klimawandel und räumlichen Planungsprozessen.

Leadpartner ist das Umweltbundesamt in Wien. Die Projektgesamtkosten belaufen sich auf 2,5 Mio Euro.

ECONNECT – Improving Ecological Connectivity in the Alps

(Univ. Innsbruck; Institut für Ökologie und der Nationalpark Hohe Tauern)

Hier steht die Entwicklung von ökologischen Korridoren – bestehend aus Schutzgebieten und Gebieten hoher Diversifizierung – im Projektfokus.

Leadpartner ist die Veterinärmedizinische Universität Wien. Die Projektgesamtkosten belaufen sich auf 3,2 Mio Euro.

PERMANET – Permafrost long-term monitoring network

(Univ. Innsbruck, Institut für Geographie; Observer ATLR Abt. Geoinformation)

Auch dieses Projekt befasst sich mit dem Klimawandel. Behandelt werden die Veränderungen in der Permafrostzone der Alpen und deren Auswirkungen auf den besiedelten Raum.

Leadpartner ist hier die Provinz Südtirol. Die Projektgesamtkosten belaufen sich auf 3,3 Mio Euro.

Ansprechpartner:

Regionale Koordinierungsstelle Tirol
Amt der Tiroler Landesregierung
Abteilung Raumordnung – Statistik
Mag. Sigrid Hilger
Heiliggeiststrasse 7-9
A – 6020 Innsbruck
Tel: +43-512-508-3632
E-Mail: sigrid.hilger@tirol.gv.at

Internet für alle!

Eine Initiative zur Überwindung der „digitalen Kluft“ im ländlichen Raum

Manfred Riedl

Innovation und Wissenserwerb sind die „Motoren“ unserer Entwicklung. Mit dem Internet hat sich ein Medium etabliert, das als Träger etlicher Kommunikationstechniken weiter an Bedeutung gewinnt. Wer sich dazu Zugang verschafft und Vertrautheit in seiner Anwendung findet, überwindet die „digitale Kluft“ und kann an der weiteren Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft aktiv teilhaben.

Bedeutung des Internet

Das Internet (wörtlich etwa „Verbundnetz“) ist ein Netzwerk von Rechnern, zwischen denen weltweit Daten ausgetauscht werden können. Es ermöglicht die Nutzung von

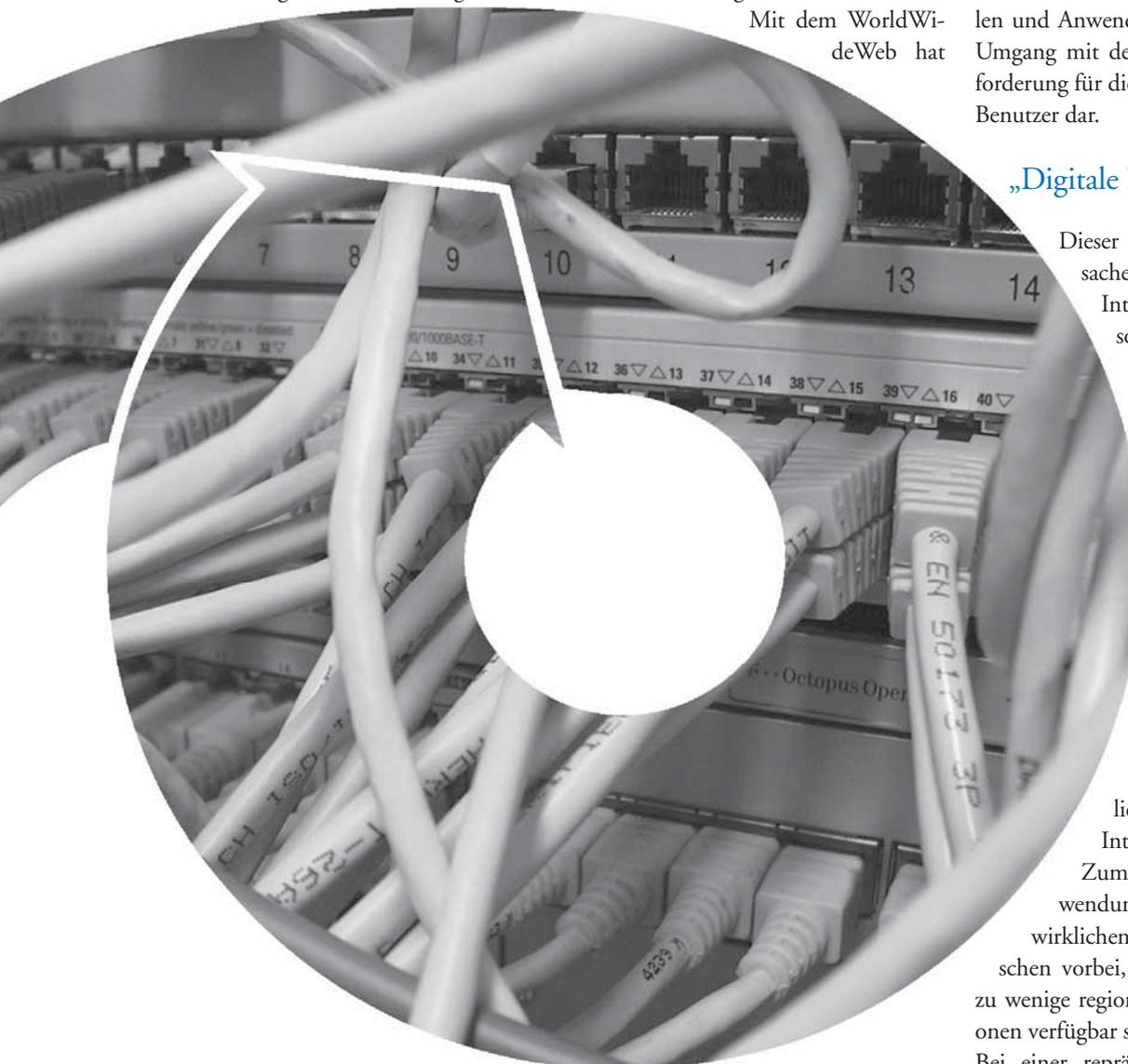
Internetdiensten wie Telefonie, WorldWideWeb, E-Mail und Fernsehen über technisch normierte Internetprotokolle. Das Internet gilt bei vielen Experten als eine der größten Veränderungen des Informationswesens seit Erfindung des Buchdrucks.

Mit dem WorldWideWeb hat

sich ein neuer Standard für die Verbreitung von Informationen etabliert. Aktuell sehen Beobachter einen Wandel vom „surfenden“ (beobachtenden) Benutzer hin zur „Online-Community“ mit aktiven Web-Autoren. Durch die Vielzahl der Informationsquellen und Anwendungen stellt der sinnvolle Umgang mit dem Internet eine Herausforderung für die Medienkompetenz seiner Benutzer dar.

„Digitale Kluft“

Dieser Begriff steht für die Tatsache, dass der Zugang zum Internet in räumlicher und sozialer Hinsicht ungleich verteilt ist. Diese Chancenunterschiede bringen gesellschaftliche Auswirkungen mit sich: Wer keinen Zugang findet, hat schlechtere soziale und wirtschaftliche Entwicklungschancen. Die „digitale Kluft“ beinhaltet drei Dimensionen: Zum einen geht es um den technischen Zugang zum Netz, weiters geht es um persönliche Fähigkeiten mit den Internetdiensten umzugehen. Zum anderen gehen viele Anwendungen und Inhalte an den wirklichen Bedürfnissen vieler Menschen vorbei, insbesondere weil (noch) zu wenige regionale und lokale Informationen verfügbar sind. Bei einer repräsentativen Erhebung der



Gegebenheiten und Ansprüche an die Telekommunikation in Osttirol (2005) wurden deutliche soziale Unterschiede bei der Nutzung des Internet bestätigt: Während in dieser überwiegend ländlichen Region bereits 55% der Jugendlichen zu den regelmäßigen Nutzern des Internet zählten, waren es in der Generation 60+ nur 8%. Drei Viertel aller SeniorInnen haben keinen Zugang zum Internet, 80% zu wenig Kenntnisse. Immerhin wollen 20% aller befragten älteren Menschen das Internet nutzen. Damit stehen ältere Menschen und dabei insbesondere Seniorinnen in abgelegenen ländlichen Gebieten als jener Personenkreis fest, der in besonderer Weise vom Zugang und der Nutzung des Internet ausgegrenzt ist. Ohne Initiative zur Verbesserung der Situation bleibt dieser Generation die Anteilnahme an der gesellschaftlichen Entwicklung versagt.

Mit der Breitband-Initiative von Land und Bund wurde im Tiroler Siedlungsraum nahezu flächendeckend der Zugang zu Internet-Technologie mit hohen Datenübertragungsraten geschaffen. Dieser Standard ist notwendig, um attraktive Internetdienste mit annehmbaren Übertragungszeiten (in Österreich zumindest 144 kbits/s) nutzen zu können. Im Rahmen dieses Förderprogramms wurden bislang nicht marktfähige Gebiete wie das Obere Lechtal und seine Seitentäler, das Sellraintal, die Seitentäler des Wipptals und abgelegene Gebiete in Osttirol mit Breitbandtechnologie ausgestattet. Zusätzlich wurde mancherorts die Ergänzung der örtlichen Breitband-Versorgung durch lokale Funknetze (W-LAN) vom Land gefördert. Damit steht in nahezu allen Haushalten und Unternehmen Tirols ein breitbandiger Netzanschluss zur Nutzung des Internet bereit.



Strategie zur Intensivierung der Nutzung

Mit der flächendeckenden Verfügbarkeit des Netzes ist ein erster und wichtiger Schritt getan.

Nun gilt es, die ausgrenzungsgefährdete Bevölkerung, insbesondere ältere Personen und Nicht-Erwerbstätige, welche über gar keine Erfahrungen im Umgang mit Internet verfügen, zielgerichtet an die Nutzung des Internet heranzuführen.

Die Ängste über die Inhalte des Internet und das Unvermögen der Bedienung der Internetdienste treten bei Menschen ohne Kontakt zu dieser Technologie stärker hervor als die Kostenfrage. Daher ist es wichtig, dass zuallererst durch bekannte Bezugspersonen Vertrauen erzeugt wird. Daraufhin können die ersten und gut betreuten Schritte in das „gobal village“ in bekannter Umgebung und im Kreise homogener Lerngruppen vorgenommen werden. Erstrebenswert wäre es, wenn das Erlernen der Technologie in einer engen Beziehung von älteren und jungen Menschen mit Un-

terstützung der örtlichen oder regionalen Schule stattfinden kann.

Nach der ersten Lernphase benötigen die noch unerfahrenen Benutzer zur eigenständigen Vertiefung ihrer Kenntnisse einen öffentlichen und nach Möglichkeit kostenfreien Internet-Zugang. Die Erfahrungen im Umgang mit dem Internet gilt es nach einiger Zeit in einer Nachbereitung zu überprüfen und zu festigen.

Die Strategie und Vorgehensweise wurde in den Jahren 2006/2007 im INTERREG-III B Alpenraum Projekt PUSEMOR im Pilotprojekt „Zugangshürden zum Internet überwinden“ in fünf abgelegenen Osttiroler Gemeinden (Außer- und Innervillgraten, Kartitsch, Ober- und Untertilliach) erfolgreich getestet. Dabei nahmen ca. 100 Personen aus dem Zielpublikum am Schulungsprogramm „Einführung in das Internet“ aktiv teil.

In jeder Gemeinde wurde ein öffentlicher Internetzugang eingerichtet. In der Gemeinde Obertilliach hat sich durch diesen Impuls eine auf Computerkurse orientierte Ausbildungsinitiative im Rahmen der Erwachsenen-schule entwickelt.

Umsetzung durch Leader-Projekte

Ein Hauptziel des Schwerpunktes „Leader“ im Rahmen des Österreichischen Programms für die ländliche Entwicklung 2007-2013 ist es, den ländlichen Raum in seiner Funktionsfähigkeit weiter zu entwickeln. Der leichte Zugang zum Breitband-Internet, die Gestaltung von Internet-Anwendungen mit regionalen und lokalen Inhalten sowie die Unterstützung der Internet-Nutzung durch benachteiligte Personen bilden dafür einen innovativen und thematisch integrativen Ansatz.

Das Dachprojekt wird von einer Steuerungsgruppe, gebildet aus ExpertInnen mit pädagogischen und technischen Kenntnissen begleitet. Darin werden im Einvernehmen mit den regionalen Leader-Vereinen ein standardisiertes Organisations- und Kommunikationskonzept für die regionale Umsetzung erarbeitet sowie Grundlagen für die Schulungen der MotivatorInnen und die Ausbildungskurse festgelegt. Für die Einrichtung, den Betrieb und die Förderbarkeit von öffentlichen Internetzugängen wird eine klare Richtlinie erarbeitet.

In den meisten Tiroler Leader-Regionen, welche nahezu alle Fördergebiete der Breitband-Initiative in Tirol abdecken, werden von den dort tätigen Regionalmanagement-Einrichtungen anhand der landesweiten Projektstrategie „Internet für alle!“ einzelne Projekte erarbeitet. Träger dieser Projekte sind die Leader-Aktionsgruppen (diese sind ident mit den Regionalmanagements – LAG Pillerseetal-Leogang, LAG Regio-Landeck, LAG Wipptal, LAG Hohe Salve und LAG Osttirol), welche die interessierten Gemeinden und regionale Schulen mit Kompetenz im Bereich der Informationstechnologie einbinden.

In einer durchgeführten Umfrage haben sich aus fünf Tiroler Leader-Regionen bereits 35 Gemeinden und etliche Schulen mit einem grundsätzlichen Interesse zur Teilnahme am Projekt angemeldet. Werden die Anträge genehmigt, dann können bereits mit Jahreswechsel die ersten Projekte von „Internet für alle!“ starten. ■

www.tirol.gv.at/daseinsvorsorge

10 Jahre Verein Naturpark Kaunergrat

Am 20. Juli 2008 feierte der Verein Naturpark Kaunergrat stilgerecht im Naturparkhaus am Gachen Blick (Gemeinde Fließ) sein 10-jähriges Bestehen und zugleich 5 Jahre der offiziellen Anerkennung als Naturpark im Sinne des Tiroler Naturschutzgesetzes.

Der Naturpark Kaunergrat Pitztal-Kaunertal war von Anfang an ein besonders, beispielgebendes Projekt:



Naturpark-Obmann Bürgermeister Ing. Hans-Peter Bock bei der Festansprache

- er ist aus der Region heraus entstanden – der Wenner Bauer Elmar Huter und seine Mitdenker haben die Idee geboren;
- er ist als regionales Entwicklungsprojekt mit Nachhaltigkeitsanspruch entstanden und nicht primär als Naturschutzprojekt;
- er überwand Talschafts- und Bezirks-grenzen;
- er setzte auf umfassende Kooperation und Vernetzung, zu einem Zeitpunkt, als das noch kein populäres Thema war.

Dem entsprechend war die Vorgründungsphase nicht gerade einfach, und es ist dem unermüdlichen Engagement der maßgeblichen Persönlichkeiten aus der Region zu danken, dass – auch mit maßgeblicher Unterstützung der damaligen Bezirks-Entwicklungsvereine IRI-Imst und MIAR-Landeck – der Durchbruch gelang.

Der Naturpark Kaunergrat ist heute positives Beispiel einer regionalen Zusammenarbeit, die einerseits ökonomischen Nutzen stiftet und andererseits regionale Kultur und bäuerliche Tradition pflegt, sowie Natur und Landschaft schützt, schon und erlebbar macht.

Im größeren räumlichen Zusammenhang ist er ein gelungenes Beispiel einer alpinen Raumordnung, in der Zonen einer intensiven Nutzung und naturnahe Gebiete einander sinnvoll ergänzen. Hinsichtlich Regionalentwicklung, regionaler Profilierung, touristischer

Entwicklung sowie schonender Inwertsetzung natürlicher und landschaftlicher Ressourcen sind wesentliche Anliegen des ZukunftsRaums Tirol im Naturpark Kaunergrat umgesetzt.

Beim Festakt am 20. Juli würdigten alle FestrednerInnen das Erreichte und ermunterten die Verantwortlichen, weiterhin mit Herz und Verstand „am Ball zu bleiben“.

Obmann Bürgermeister Ing. Hans-Peter Bock skizzierte die Schwerpunkte der weiteren Arbeit und hob dabei einerseits die Schaffung eines Schutzgebietes am Kaunergrat und andererseits die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Tourismus und Naturpark hervor. Informationen über die Angebote des Naturparks Kaunergrat finden Sie in ■

www.kaunergrat.at

Wieviel Heizenergie steckt im Tiroler Wald?

Biomasse-Versorgungskonzept

Christian Schwaninger

Im Raumordnungsplan ZukunftsRaum Tirol werden u. a. energiepolitische Zielsetzungen festgehalten. Das „Biomasse-Versorgungskonzept Tirol 2007“ stellt einen Umsetzungsschritt zu den im ZukunftsRaum vorgesehenen Maßnahmen dar. Die Ergebnisse zeigen, dass mit dem im Tiroler Wald vorhandenen Energieholz noch etliche Nahwärmanlagen bzw. Dorfheizungen versorgt werden können.

Klimaschutz und begrenzte fossile Energieträger machen einen optimierten Einsatz der Biomasse zur Energiegewinnung immer dringlicher. Die Energiepolitik des Landes verfolgt eine möglichst hohe Eigenversorgung aus erneuerbaren Energie-

trägern. Im ZukunftsRaum werden daher sowohl für die ländlichen Räume Zielsetzungen als auch bei den Schwerpunktthemen Maßnahmenfelder festgehalten, die sich auf die erneuerbaren Energieträgern beziehen. Im Schwerpunktthema „Technische Infrastruktur – Maßnah-

me 3“ wurde als erforderlicher konkreter Umsetzungsschritt festgeschrieben: „Nutzung von forstlicher Biomasse zur Energiegewinnung unter Beachtung regionaler Lieferkapazitäten und Einhaltung eines hohen technischen Standards zur Vermeidung von Emissionen.“

Das vorliegende Biomasseversorgungskonzept beantwortet nun die Frage, wo auf Basis einer weitgehend regionalen Versorgung mit heimischer Biomasse die Errichtung weiterer Biomasse-Heizwerke sinnvoll scheint.

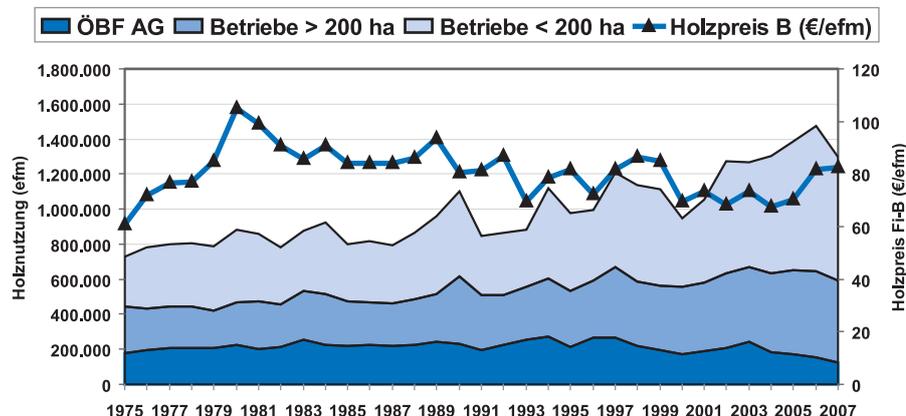
Bisherige Holznutzung aus Tirols Wald

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen haben die Holznutzungen aus dem Tiroler Wald in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Wurden Anfang der 1980-iger Jahre noch rund 800.000 Festmeter pro Jahr genutzt, so waren es im Jahr 2006 1,5 Mio. Festmeter. Die steigende Holznutzung der letzten Jahre ist in erster Linie auf die abgestimmte Zusammenarbeit aller forstlich Verantwortlichen, beginnend beim zuständigen Regierungsreferenten über die Interessenvertreter, den Forstdienst mit den Gemeindewaldaufsehern bis hin zu den Waldeigentümern zurückzuführen.



Abbildung 1

Holznutzung Tirol



Datenquelle: Walddatenbank, Gruppe Forst

Zugleich mit der steigenden Holznutzung wurde in den letzten Jahren zunehmend mehr Brennholz aus dem Wald geerntet. Zuletzt wurde eine Brennholzmenge von jährlich 300.000 Festmetern erreicht.

Studie zum gesamten Holzpotenzial

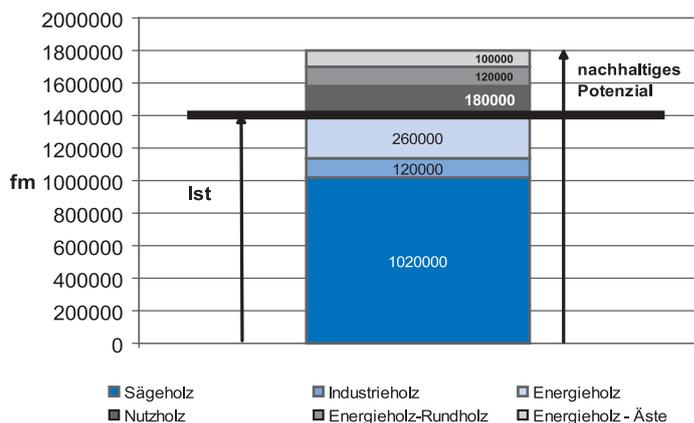
Das Potenzial an Holz ist nicht nur für die Energienutzung sondern vor allem auch für die Holzindustrie von großem Interesse. Im Vorfeld des Biomasse-Versorgungskonzeptes war es daher notwendig, eine Holzpotenzial-Studie erarbeiten zu lassen. Mit dieser Studie wurde jene Holzermengemenge eruiert, welche unter Berücksichtigung aller ökonomischen und ökologischen Rahmenbedingungen nachhaltig aus Tirols Wäldern geerntet werden kann. Eine **Rundholz-Nutzung** von 1,700.000 fm pro Jahr ist demnach möglich. Hinzu kommen noch umgerechnet 100.000

fm an **Astmaterial**, welches unter Beachtung der ökologischen und ökonomischen Grenzen im Zuge der Holzernnte aus dem Wald gebracht werden könnte. Diese nachhaltige jährliche Holzmenge errechnet sich bei Unterstellung der guten Holzpreise des Jahres 2006. Die Ist-Situation und das Potenzial der Tiroler Forstwirtschaft ist in Abbildung 2 dargestellt.

Das zusätzliche Rundholz-Potenzial von 300.000 fm steht in erster Linie in mittelalten Waldbeständen zur Verfügung und kann nur durch arbeitsintensive Durchforstung realisiert werden. Auch in der Schutzwaldverjüngung steckt noch zusätzliches Holzpotenzial. Ein größerer Holzanteil als bisher wird daher in Zukunft als Brennholz anfallen. Insgesamt ist mit einem zusätzlichen Energie-Rundholz-Potenzial von 120.000 fm gegenüber dem Durchschnitt der letzten drei Jahre auszugehen.

Abbildung 2

Holzaufkommen der Tiroler Forstwirtschaft



Der ländliche Raum im Aufbruch?

Unter diesem Titel fand von 24. – 25. April 2008 in Luzern ein vom Europaforum Luzern mit Unterstützung des Europäischen Forums Alpbach veranstaltetes Symposium statt.

Vor dem Hintergrund zunehmend ungewisser Zukunftsperspektiven strukturschwacher Gebiete im Alpenraum erörterten VertreterInnen von Politik, Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Wissenschaft, Gemeinden, öffentlichen Stellen, Kultur und Medien die Besonderheiten und Probleme ländlicher Alpenräume und diskutierten Entwicklungsperspektiven, Strategien und Förderkonzepte.

Tirol war am Rednerpult bzw. am Podium mit Univ.-Prof. Dr. Axel Borsdorf, EU-Kommissar a. D. Dr. Franz Fischler (in seiner Funktion als Präsident des Ökosozialen Forums Österreich), dem Volkskundler Hans Haid, Redakteurin Irene Heisz, Landeshauptmann a.D. Dr. Wendelin Weingartner und Mag. Franz Rauter vom Amt der Landesregierung vertreten.

Dies bot u.a. auch Gelegenheit, die Instrumente und Erfolgsfaktoren der Regionalpolitik in Tirol dem zahlreich erschienenen Fachpublikum vorzustellen. Umgekehrt gaben die Erfahrungsberichte und Projektdarstellungen aus anderen Regionen wertvolle Impulse für die eigene Arbeit. Als Beispiel sei das heuer eröffnete „Reka-Ferierendorf Urnäsch“ im Kanton Appenzell-Außerrhoden genannt, mit dem eine professionelle Verknüpfung zwischen Tourismus, Landwirtschaft und übriger regionaler Wirtschaft gelungen ist.

Die Tagungspublikation kann bestellt werden unter:

www.europa-forum-luzern.ch/index/publikationen.htm

Sägenebenprodukte der Tiroler Sägeindustrie

Im Rahmen des Biomasse-Versorgungskonzeptes waren die derzeitigen Brennstoffströme zu analysieren. Das in Tirol anfallende Sägerestmaterial im Ausmaß von 5,2 Mio. Schüttraummeter spielt natürlich eine herausragende Rolle. Der Anteil der energetischen Nutzung hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen und liegt aktuell bei rund 57 % (Abb. 3).

62 % der in Tirol gewonnenen Holz-Energie stammt von den Sägenebenprodukten.

Der Bedarf an Energieholz ist in den letzten Jahren durch die Errichtung großer Heizkraftwerke (Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen) drastisch gestiegen. Fast die Hälfte der gesamten in Tirol für Heizzwecke verwendeten Biomasse wird in den 10 Heizkraftwerken verwendet. Das Material hierfür kommt überwiegend von der Tiroler Sägeindustrie. Das direkt aus dem Wald gewonnene Brennholz macht lediglich 19 % des gesamten Bedarfs aus (Abb. 4).

Abbildung 3

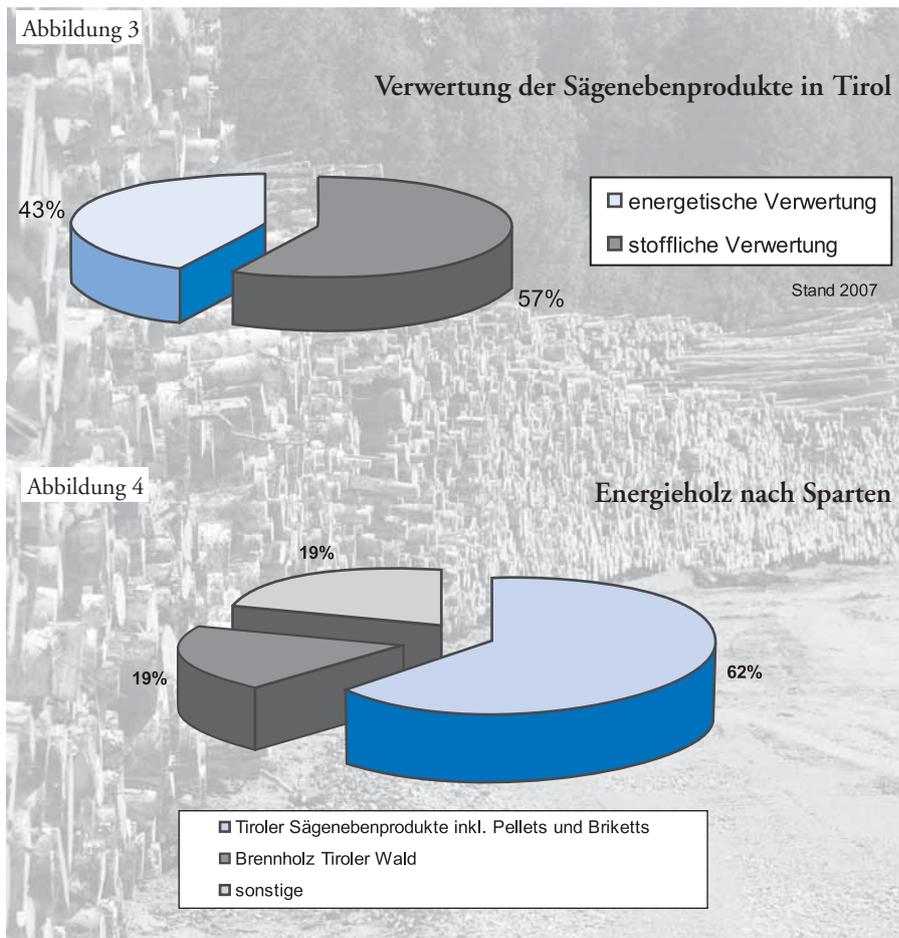
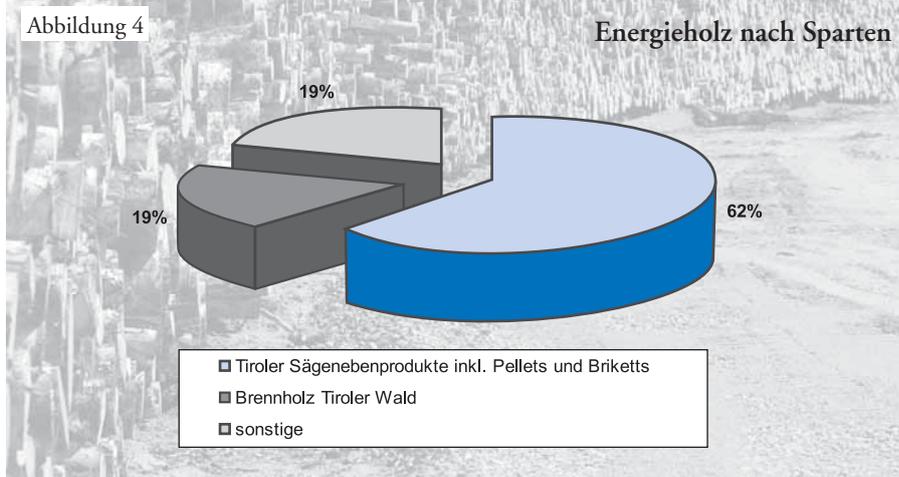


Abbildung 4



Biomassepotenzial in den Bezirken

Im Jahr 2006 wurde landesweit das Energie-Rundholz-Potenzial des Waldes bereits zu 79 % gewonnen. In den Bezirken wird das Potenzial unterschiedlich stark genutzt (siehe Tabelle 1).

90.000 Tonnen CO₂-Einsparung

Das zusätzliche Biomassepotenzial könnte bis zu 36 Mio. Liter Heizöl ersetzen. Das käme einer CO₂-Einsparung von rund 90.000 Tonnen gleich. Mit der zusätzlich zur Verfügung stehenden heimischen Energieressource könnten bis zu 41.000 Wohneinheiten in Niedrigenergiebauweise beheizt werden.

Die Emissionen von Hackschnitzelanlagen sind in den letzten Jahren weiter gesunken und bieten in Verbindung mit qualitativ hochwertigem Hackgut nicht nur bei den herkömmlichen Luftschadstoffen, sondern auch beim Feinstaub einwandfreie Werte. Eine dezentrale Verwertung der vorhandenen Ressourcen garantiert eine geringe zusätzliche Verkehrsbelastung.

Tabelle 1:

Aktuell genutztes und zusätzliche vorhandenes Energieholz in den Bezirken				
Bezirk	aktuell genutztes Energieholz 2006 (in Srm)	Zusatzpotential Energie-Rundholz (in Srm)	Zusatzpotential Energie-Asthholz (in Srm)	Zusatzpotential Energieholzgesamt (in Srm)
Imst	67.000	10.000	12.500	22.500
Innsbruck	10.000	0	2.500	2.500
Innsbruck-Land	135.000	28.000	40.000	68.000
Kitzbühel	79.000	58.000	50.000	108.000
Kufstein	115.000	17.000	35.000	52.000
Landeck	75.000	10.000	17.500	27.500
Lienz	95.000	35.000	40.000	75.000
Reutte	74.000	4.000	10.000	14.000
Schwaz	97.000	40.000	42.500	82.500
Tirol Summe	747.000	202.000	250.000	452.000

Ausbauszenario 2015

Das zusätzliche Energieholz aus dem Tiroler Wald soll dezentral mit kurzen Wegen dort eingesetzt werden, wo es geerntet wird. Nahwärmanlagen zur Versorgung von Siedlungen oder Dorfkernen bieten die besten Voraussetzungen für einen kostenoptimierten Einsatz von Waldhackgut. Tirolweit könnten 53 Nahwärmanlagen mit 500 KW Leistung oder 25 Anlagen mit 1 MW Leistung errichtet werden. Das Ausbauszenario bis zum Jahr 2015 setzt voraus, dass die Versorgungssicherheit der vorhandenen Heiz(kraft)werke in gleicher Weise wie bisher bestehen bleibt. Das Ausbauszenario geht weiters davon aus, dass bis zum Jahr 2015 70 % des bisher noch nicht genutzten Energie-Rundholz-Potenzials verfügbar sein werden (siehe Tabelle 2). Das Potenzial an Astholz wird kurzfristig aufgrund logistischer Anlaufprobleme und der Kostenbelastung nicht in großer Menge verfügbar sein, weshalb dieses für das Ausbauszenario 2015 außer Betracht bleibt.

Maßnahmen zur Nutzung der Potenziale

Die bislang noch nicht genutzten Holzpotenziale können nur durch ein Bündel an Maßnahmen, welche sich an die Waldeigentümer und die Holzlogistik richtet, mobilisiert werden. Eine der wesentlichsten Punkte betrifft die Arbeitskapazität für die Holzarbeit. Mindestens **200 Facharbeitskräfte** müssen zusätzlich zur Verfügung stehen, damit die Durchforstungspotenziale auch tatsächlich geerntet werden können. Die Maßnahmen zur Holzmobilisierung müssen daher bei der Ausbildung von Facharbeitskräften ansetzen und sind die entsprechenden Rahmenbedingungen der forstwirtschaftlichen Ausbildung zu verbessern. Im Rahmen der forstlichen Förderung wird die Durchforstung zukünftig noch besser unterstützt und bleiben die Maßnahmen der Schutzwaldverjüngung weiter das Schwerpunkt-Thema. Teilwälder und aus Teilwäldern hervorgegangene Privatwälder stellen eine für

die Waldwirtschaft sehr ungünstige Besitzstruktur dar. Eine Forcierung der Teilwaldregulierung ist daher ebenso wie die Bildung von Nutzungsgemeinschaften dringend erforderlich. Die Rahmenbedingungen für die Waldwirtschaft müssen weiters bei zu geringen Erschließungsdichten durch landschaftschonenden Wegebau verbessert werden. Im Bereich der Holzlogistik steckt noch einiges an Rationalisierungspotenzial. Mittelfristig soll daher die Walddatenbank des Landes mit entsprechender Logistiksoftware zur Rationalisierung von Anbotslegung, Holzernte, Bringung, Abfuhr und Holzverkauf verbunden werden.

Holztrocknung bringt Energie

Die Anlage von dezentralen Hackschnitzlagern zur Verbesserung der örtlichen und zeitlichen Verfügbarkeit von trockenem Waldhackgut muss angestrebt werden. Entscheidend für eine optimale Energieausbeute ist die Trocknung des Holzes. Hackgutlager sollen daher zukünftig immer nur bei vorhandenem Trocknungskonzept gefördert werden.

Für Nachhaltigkeit Sorge tragen

Die Forcierung der Energieholznutzung aus dem Wald birgt natürlich auch die Gefahr einer Übernutzung von leicht bearbeitbaren Lagen. Es wird daher Aufgabe der Politik und der Forstbehörden sein, dafür Sorge zu tragen, dass die Nutzung der Wälder im Gebirgsland Tirol auch in Zukunft nachhaltig bleibt. Auch dann, wenn durch extreme Preisschübe bei Öl und Gas das Geschäft mit Holz äußerst lukrativ werden sollte.

Das Biomasseversorgungskonzept Tirol 2007 steht im Internet unter www.tirol.gv.at/themen/umwelt/wald/aktuelles/ zur Verfügung.

Tabelle 2:

Ausbauszenario in den Bezirken mit dem bis zum Jahr 2015 realisierbaren Energie-Rundholz-Potenzial				
Bezirk	entweder	oder	Steigerung des Holzheizungsanteils ohne Berücksichtigung von zukünftigen Dämmmaßnahmen	
	bedienbare Heizanlagen mit 500 KW Leistung	bedienbare Heizanlagen mit 1 MW Leistung	von	auf
Imst	3	1	32%	36%
Innsbruck	0	0	6%	6%
Innsbruck-Land	8	4	24%	28%
Kitzbüchel	14	7	19%	33%
Kufstein	4	2	29%	32%
Landeck	3	1	29%	34%
Lienz	10	5	62%	76%
Reutte	1	0	29%	32%
Schwaz	11	5	27%	37%
Tirol Summe	53	25	25%	34%

Tirol setzt auf Rad

Radwegmodell Tirol

Gustav Schneider, Günther Zimmermann

Rad fahren boomt – ob klassisches Fahrrad oder modernes Bike, die Bedeutung dieser Art, sich fortzubewegen, wird noch weiter zunehmen. Abgesehen vom individuellen und wirtschaftlichen Nutzen wird davon auch die Umwelt profitieren. Zur Gewährleistung einer guten Radwegeninfrastruktur werden mit dem Radwegmodell Tirol neue Wege beschritten.

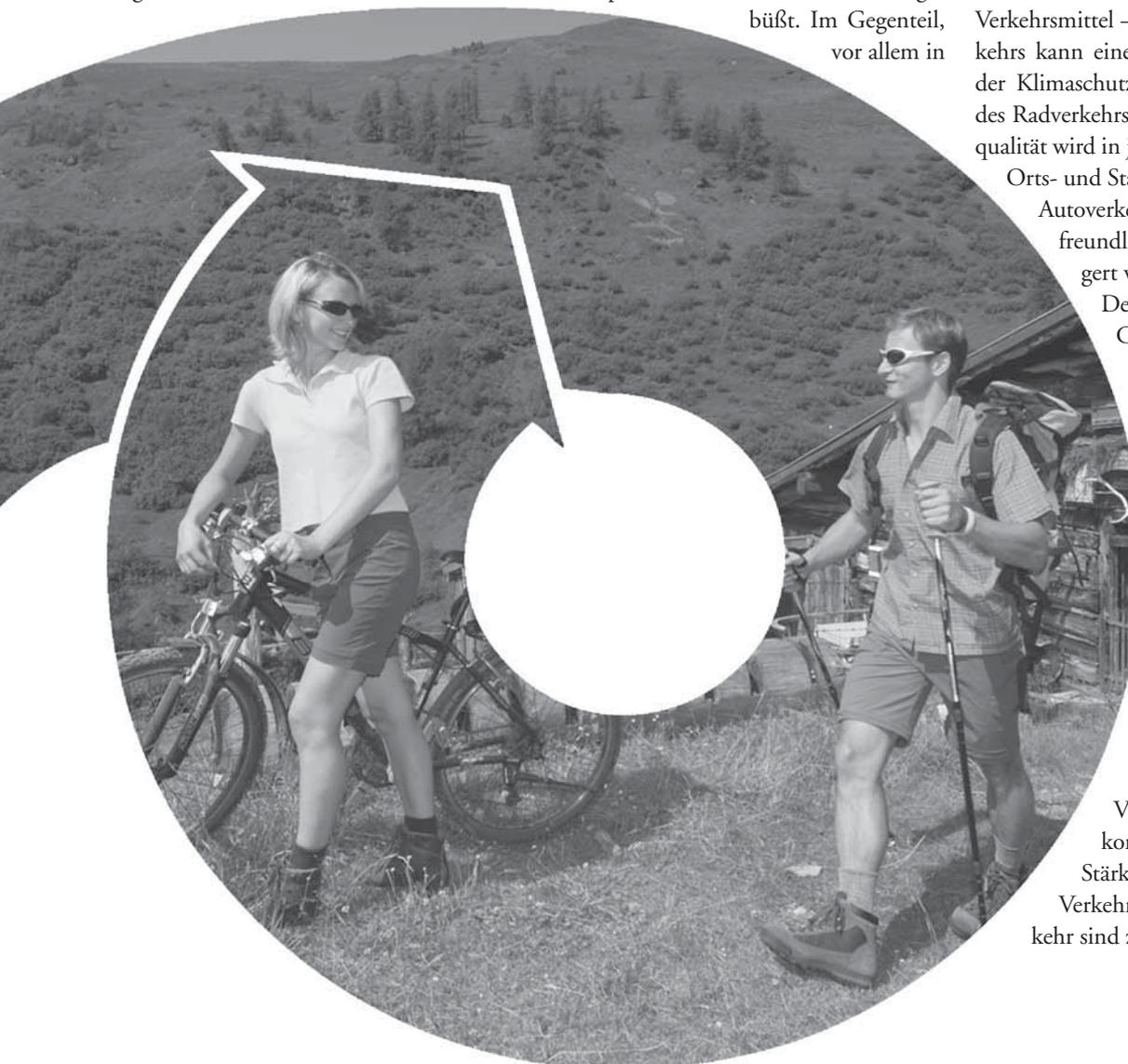
Der ungebrochene Trend zum Radfahren hat viele Gründe; zu nennen sind vor allem der technische Fortschritt am Radsektor und das erhöhte Bewegungs- und Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung. Aber auch das umfangreiche Angebot an Radwegen und Bike-Routen sowie die zuneh-

mende touristische Vermarktung des Rad-sports tragen zum Boom bei. Auch wenn das aktuelle Image des Fahrrades v.a. von den im Trend liegenden Radsportarten geprägt wird, hat das klassische Radfahren im Alltag für Erledigungen und Fahrten zum Arbeitsplatz nichts an Attraktivität eingebüßt. Im Gegenteil, vor allem in

städtischen Räumen ist das Fahrrad für bestimmte Bevölkerungsgruppen ein wichtiges Verkehrsmittel.

Von den positiven Auswirkungen des Radbooms sind angesichts der Klimadebatte v.a. die Umweltaspekte hervorzuheben: Das Fahrrad ist das umweltfreundlichste Verkehrsmittel – die Stärkung des Radverkehrs kann einen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele leisten. Der Beitrag des Radverkehrs zur verbesserten Umweltqualität wird in jenen Wohngebieten sowie Orts- und Stadtzentren spürbar, wo der Autoverkehr zugunsten umweltfreundlicher Verkehrsarten verringert werden konnte.

Der Radboom bietet die Chance, das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung grundsätzlich zu hinterfragen, was nicht nur klimapolitisch anzustreben sondern auch im Hinblick auf die hohen Treibstoffkosten nötig ist. Im Zukunftsraum Tirol wird als grundlegende Zielsetzung betreffend die Mobilität gefordert, dass so weit als möglich auf umweltfreundliche Verkehrsmittel zu setzen ist; konkrete Bemühungen zur Stärkung umweltfreundlicher Verkehrsarten wie z.B. Radverkehr sind zu forcieren.



Radfahren als gemeinsames Anliegen von Landespolitik, Gemeinden und Tourismus

Der Boom des Radfahrens fordert die Landespolitik und die Gemeinden, es sind gute Rahmenbedingungen für den Radverkehr zu schaffen. Dabei geht es um die Schaffung der Basisinfrastruktur Radwege ebenso wie um begleitende Maßnahmen zur Lenkung und Sicherung des Radverkehrs. Um das vielfältige Radwegangebot auch touristisch nutzen zu können, sind in Abstimmung mit den Tourismusbetrieben konkrete Angebotspakete zu schnüren und zu bewerben.

An der Umsetzung dieser Maßnahmen sind viele Stellen beteiligt. Wesentlich berührt sind die Gemeinden, die Tourismusverbände und die Tirol Werbung sowie verschiedene Abteilungen der Landesverwaltung, wie z.B. der Landschaftsdienst der Gruppe Forst und die Verkehrsplanung.

Die überörtlichen Radwanderwege bilden das Rückgrat des Rad-Angebotes in Tirol; viele örtlichen Radwege und Mountainbike-Routen sind daran angebunden. Zuständig für die Beschilderung und Erhaltung der Radwanderwege sollen künftig die Planungsverbände sein.

Das neue Tiroler Radwegmodell zielt darauf ab, das Angebot an Radwegen weiter zu verbessern. Die Beschilderung wird auf eine einheitliche Basis gestellt, es werden Maßnahmen für eine erhöhte Sicherheit des Radverkehrs und zur Komfortverbesserung gesetzt. Durch Leit- und Informationssysteme soll der Radverkehr besser mit dem öffentlichen Verkehr vernetzt werden. Mit dem Tiroler Radwegmodell werden auch neue organisatorische Rahmenbedingungen für die Abwicklung der nötigen Maßnahmen geschaffen. Die Zuständigkeit für die Betreuung und Wartung der Radwanderwege sowie der zugehörigen Einrichtungen wird von den Gemeinden zu den Planungsverbänden verlagert. Da Radwanderwege nicht an den Gemeindegrenzen enden, sondern gemeindeübergreifend angelegt sind, bietet es sich an, die Planungsverbände mit diesem Thema zu betrauen.

Die 36 Planungsverbände wurden 2005 mit der Zielsetzung ins Leben gerufen, die Zusammenarbeit der Gemeinden in den verschiedenen Aufgabenfeldern zu verstärken und gemeinsame Anliegen auf regionaler Ebene zu verfolgen. Die Planungsverbände werden die Radwegbetreuung in enger Abstimmung mit den Tourismusverbänden wahrnehmen, welche bereits bisher in unterschiedlichem Maße mit dieser Aufgabe befasst waren. Die spezifischen Interessen der Tourismuswirtschaft können so frühzeitig einbezogen und berücksichtigt werden.

Förderung der Neubeschilderung durch Land und Bund

Die umfassenden Maßnahmen zur neuen Beschilderung der Radwege und zur Einrichtung von Leitsystemen zu den Haltestellen des Öffentlichen Verkehrs werden von Seiten des Landes aus dem Tourismusförderungsfonds und im Rahmen des Programmes klima:aktiv des Lebensministeriums gefördert. Für Maßnahmen zur Errichtung und Sanierung von Radwegen stehen Landesmittel aus dem Förderschwerpunkt Erholungsraumgestaltung zur Verfügung. Die Abwicklung der genannten Förderungen läuft künftig über die Planungsverbände, von Seiten des Landes (Landschaftsdienst) werden die Rahmenbedingungen vorgegeben und Hilfestellungen in der konkreten Durchführung geboten.

Tirol radelt vorne mit

Die neue Beschilderung der Radwege und die umfassenden Begleitmaßnahmen sind ein weiterer Baustein für einen sicheren und komfortablen Radverkehr in Tirol. Sie sind zugleich Voraussetzung, um das Radfahren für die Tiroler Bevölkerung attraktiver zu machen und das große touristische Potenzial, welches der Radsport in seinen verschiedenen Facetten bietet, nutzbar zu machen. Durch ein gutes Zusammenwirken sämtlicher beteiligten Stellen wird es gelingen, dass Tirol auch am Radsektor eine Vorreiterrolle übernimmt.



Fünf Sterne für Regionen



Der Planungsverband Zillertal mit seinen 25 Mitgliedsgemeinden hat auf Initiative seines Obmannes LAbg. Bgm. Josef Geisler bereits im Jahr 2007 dieses Strategiprojekt gestartet, das unter dem Motto „Erfolgreiches Wirtschaften durch Qualität und Nachhaltigkeit“ steht. Nachdem in einer ersten Phase alle Zillertaler Gemeinden an einem Gemeindeaudit teilgenommen haben, wurde nun vom 5. bis 7. Juni 2008 in einem Kongress in Mayrhofen Zwischenbilanz gezogen und das weitere Vorgehen diskutiert. Die abschließend einvernehmlich verabschiedete „Zillertaler Erklärung“ bekräftigt den gemeinsamen Willen, mit dem Projekt „Fünf Sterne für Regionen“ konkrete Impulse für eine nachhaltige Entwicklung des Zillertales zu setzen und dabei im Sinne eines Balanced-Score-Card-Prozesses überprüfbar und vergleichbare Ergebnisse zu erzielen. In der nun folgenden Projektphase werden die Aktionsfelder Wasser und Klimawandel, erneuerbare Energien, Verkehr, öffentliche Sicherheit, Kultur und Identität sowie regionale Wirtschaft und Versorgung im Vordergrund stehen. Letztlich geht es um die Entwicklung eines regionalen Raumentwicklungskonzeptes für das Zillertal in einem breit angelegten Prozess.

Das Projekt steht damit auch im Einklang mit den Zielsetzungen des ZukunftsRaums Tirol und wird einen wichtigen Beitrag zu dessen Umsetzung auf regionaler Ebene leisten.

Nähere Informationen finden Sie in www.fuenf-sterne-region.at

The screenshot shows the website for the Tiroler Radwegmodell. The main heading is "[Radfahren]". Below it, there are several sections with icons and text:

- Mountainbiken:** Tirol bietet die besten Voraussetzungen für ein Top-Bikererlebnis. Hier gibt es alle Informationen zu den offiziellen Routen. [mehr...]
- Routenplaner:** tiris.Online Routenplaner mit allen Touren, Tourenplanung, Höhenprofile, Tourenbeschreibungen [mehr...]
- GPS-Tracks, Kartenoverlays:** Routendaten als GPS Tracks, Karten-Overlays und Google-Earth Dateien zum Download [mehr...]
- Radwegmodell Tirol:** Tirol setzt auf RAD [mehr...]
- Bike Trail Tirol:** Die Vital Route, Tirols längste durchgehend beschildderte MTB-Route, hat einen neuen Namen: Bike Trail Tirol 800 km und 32 Etappen; Karten [mehr...]
- Radwandern:** Auf den Tiroler Radwanderwegen kann man ganz entspannt durch's Gebirge rollen. Die meisten Wege sind asphaltiert und können auch mit normalen Rädern befahren werden. [mehr...]
- Rennradrouten:** Tirol bietet abseits der verkehrsreichen Transitrouten eine Vielzahl an schönen und anspruchsvollen Rennradrouten. [mehr...]
- Karten Download:** Routen "MAP-BOOK": Ab sofort können Routenkarten als PDF-Dateien heruntergeladen und ausgedruckt werden. [mehr...]
- Routenlisten:** Für sämtliche Routen gibt es Routenlisten die einen Überblick schaffen und bei der Tourenplanung helfen. [mehr...]

Tiroler Radwegmodell

Mit dem Radweg-Modell Tirol geben das Land und die Tirol Werbung einen starken Impuls zum Radfahren in Tirol. Die Ziele des Modells dienen sowohl der aktiven Freizeitgestaltung und dem Tourismus als auch der Verkehrs- und Umweltpolitik. In Zusammenarbeit mit den Planungs- und Tourismusverbänden soll damit das Radfahren in Tirol auf den bestehenden 800 km Radwegen künftig noch attraktiver gestaltet werden.

Durch die geplanten Maßnahmen sollen der Alltagsradverkehr gefördert und das Tourismusangebot wesentlich verbessert werden:

- tirolweit einheitliche Beschilderung der Radwege
- Maßnahmen zur Sicherheit, z.B. die Entschärfung von Gefahrenstellen
- fahrradfreundliche Begleiteinrichtungen wie Rast- und Informationsplätze
- Leitsystem von und zu Bahnhöfen und Ortszentren inkl. Anbindung an den öffentlichen Verkehr
- professionelle Betreuung, Erhaltung und Sanierung des Radwegenetzes

Attraktive Förderprogramme sollen Tirol innerhalb von fünf Jahren zu einem Muster-Radland machen. Dabei stehen Qualität, Komfort, Sicherheit, eine zeitgemäße Begleitinfrastruktur sowie eine bessere Vernetzung mit den öffentlichen Verkehrsmitteln im Vordergrund. Seit den 1970er-Jahren wurden in Tirol 35 Mio. Euro in das Radwegenetz investiert.

Weitere Informationen: <http://www.tirol.gv.at/themen/sport/radfahren/radwegmodell/>
 Auskünfte zum Radweg-Modell Tirol erhalten Sie auch beim „Radweg-Team“:
 Dipl.-Ing. Günther Zimmermann, Landesforstdirektion, g.zimmermann@tirol.gv.at
 Ing. Hubert Bischofer, Landesforstdirektion, hubert.bischofer@tirol.gv.at
 Dipl.-Ing. Ekkehard Allinger-Csollich, Verkehrsplanung, ekkehard.allinger@tirol.gv.at
 MMag. Ingrid Schneider, Tirol Werbung, ingrid.schneider@tirolwerbung.at
 Mag. Gustav Schneider, Raumordnung – Statistik, gustav.schneider@tirol.gv.at

Demographische Entwicklung in Tirol

Der Bevölkerungsstand Tirols beträgt 703.500 - moderates Wachstum (+ 0,4 %) im Jahr 2007, Zunahme um 4,0 % seit 2001.

Zum Jahresende 2007 erreichte die EinwohnerInnenzahl Tirols – Personen mit Hauptwohnsitz in einer Tiroler Gemeinde - 703.512 und ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 3.085 Köpfe gestiegen. Geburtenüberschuss (1.496 Personen, 0,2 %) und der errechnete positive Wanderungssaldo (1.589 bzw. 0,2 %) haben etwa zu gleichen Teilen zum Wachstum von 0,4 % beigetragen. Im Durchschnitt des Zeitraumes 2001 bis 2007 ist die Tiroler Bevölkerung um 0,7 % per anno gewachsen, wobei der Geburtenüberschuss mit 0,3 % etwas niedriger lag als der Zuwanderungsgewinn mit 0,4 %. Mit Ausnahme von Landeck (- 0,1 %) und Lienz (- 0,3 %) gibt es im Jahr 2007 für alle Bezirke steigende Bevölkerungsstände zu verzeichnen, der Rückgang in den erwähnten Bezirken resultiert aus Wanderungsverlusten von - 0,4 % in Osttirol bzw. - 0,5 % in Landeck.

Rund 16 % der Tiroler Bevölkerung mit Migrationshintergrund – 10,4 % sind ausländische Staatsangehörige, 14,4 % wurden in einem anderen Land geboren
592.200 oder 84,2 % der 703.500 TirolerInnen besitzen die österreichische Staatsbürgerschaft und wurden auch in Österreich geboren, 37.900 ÖsterreicherInnen (5,4 %) kamen im Ausland zur Welt.

9.800 Personen (1,4 %) sind ausländische Staatsangehörige, haben jedoch Österreich als Geburtsland und die restlichen 63.600 Personen (9,0 %) erblickten in einem fremden Land das Licht der Welt und sind auch BürgerInnen eines ausländischen Staates. Mit einer geringen Unschärfe lässt sich aus diesen Daten ableiten, dass knapp 16 % der Einwohner Tirols einen Migrationshintergrund haben, sie also selbst oder ihre Eltern aus dem Ausland zugezogen sind.

Die 73.400 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit gehören 145 verschiedenen Staaten an und bilden 10,4 % der Tiroler Gesamtbevölkerung, der AusländerInnenanteil ist im Vergleich zu 2006 um 0,2 Prozentpunkte gestiegen. 48,6 % des ausländischen Bevölkerungsanteiles sind BürgerInnen eines EU-(27)Landes, darunter 30,8 % Deutsche und 5,3 % ItalienerInnen. Angehörige der jugoslawischen Nachfolgestaaten (25,6 %) und der Türkei (16,4 %) stellen zusammen 42 % des ausländischen Bevölkerungssegmentes in Tirol.

11 % der Wohnbevölkerung sind 2007 gewandert

Aus der Wanderungsstatistik ergibt sich ein Bestand von 77.400 Personen (11 % der Bevölkerung), die im Jahr 2007 in Tirol eine Wanderungsbewegung vollzogen ha-

ben. 14.100 sind über die Landesgrenzen zu- und 12.300 in ein anderes Bundesland oder ins Ausland weggezogen. Mit dem Ausland ergibt sich ein Wanderungsgewinn von 2.400, mit den anderen Bundesländern jedoch ein Wanderungsverlust von rund 600 Personen. Weitere 51.100 Einwohner sind innerhalb der Landesgrenzen umgezogen, 12.700 von ihnen haben den Hauptwohnsitz in eine andere Gemeinde desselben Bezirkes verlegt, 9.900 sind in einen anderen Bezirk umgezogen. Die restlichen 28.400 sind innerhalb einer Gemeinde umgesiedelt. Auch die Wanderungsstatistik weist für Landeck und Osttirol – in der Höhe der errechneten Wanderungsbilanz entsprechend - einen Wanderungsverlust aus.

14 Personen mit Zweitwohnsitz auf 100 EinwohnerInnen – 44 % AusländerInnenanteil

Gemeldete Personen, die keinen Hauptwohnsitz in der jeweiligen Gemeinde begründet haben, fallen unter den Begriff Zweit- bzw. Nebenwohnsitzbevölkerung (Wohnsitz z. B. zwecks Berufsausübung, Ausbildung, Freizeitwohnsitz). Zum Jahresende 2007 waren in den Tiroler Gemeinden ca. 97.000 Personen mit einem derartigen Wohnsitz registriert, um gut 500 oder 0,6 % mehr als 2006. 54.600 bzw. 56,3 % dieser Zweitwohnsitzfälle entfallen auf österreichische Staatsangehörige, 42.400 oder 43,7 % auf AusländerInnen. 93 % aller ausländischen Zweitwohnsitzfälle gehören EU-(27)Staaten an, darunter 64 % Deutschland und 11 % Italien.

Die regionale Verteilung dieser gemeldeten Personen mit Zweitwohnsitz konzentriert sich auf die Stadt Innsbruck (26 %), Kitzbühel (21 %), Innsbruck-Land (14 %) und Kufstein (12 %) – auf die restlichen fünf Bezirke sind zusammen 27 % der Nebenwohnsitzfälle verteilt.

Detaillierte Informationen zur Tiroler Bevölkerung bis auf Gemeindeebene finden sich in der Publikation „Demographische Daten Tirol 2007“ unter folgender Internet-Adresse:

www.tirol.gv.at/statistik

Bevölkerungsentwicklung 2001 - 2007 nach Bezirken und Veränderungskomponenten								
Veränderung 2001 bis 2007								
Bezirk	Wohnbevölkerung		insgesamt		durch Geburtenbilanz		durch (errechnete) Wanderungsbilanz	
	31.12.2007	31.12.2001	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Ibk-Stadt	118.362	113.728	4.634	4,1	- 110	- 0,1	4.744	4,2
Imst	56.387	53.196	3.191	6,0	1.574	3,0	1.617	3,0
Ibk-Land	163.277	155.421	7.856	5,1	2.884	1,9	4.972	3,2
Kitzbühel	61.642	59.357	2.285	3,8	812	1,4	1.473	2,5
Kufstein	98.956	93.987	4.969	5,3	1.921	2,0	3.048	3,2
Landeck	44.263	43.752	511	1,2	1.051	2,4	- 540	- 1,2
Lienz	50.487	50.473	14	0,0	688	1,4	- 674	- 1,3
Reutte	31.998	31.574	424	1,3	292	0,9	132	0,4
Schwaz	78.140	75.167	2.973	4,0	1.758	2,3	1.215	1,6
Tirol	703.512	676.655	26.857	4,0	10.870	1,6	15.987	2,4

Der Brennerbasistunnel – Auswirkungen auf den Raum

Elmar Berktold

Der Brennerbasistunnel wird schon seit Jahrzehnten geplant und kontroversiell diskutiert. Ein derart großes Infrastrukturprojekt wird natürlich während des Baus und nach seiner Fertigstellung räumliche Veränderungen hervorrufen.

Einleitend wird darauf hingewiesen, dass die folgenden Angaben auf der Umweltverträglichkeitserklärung (UVE) basieren, das Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist aber noch nicht abgeschlossen, weitere Bewilligungen noch ausständig. Daher sind Änderungen des Projektes nicht auszuschließen.

Das Projekt Brennerbasistunnel

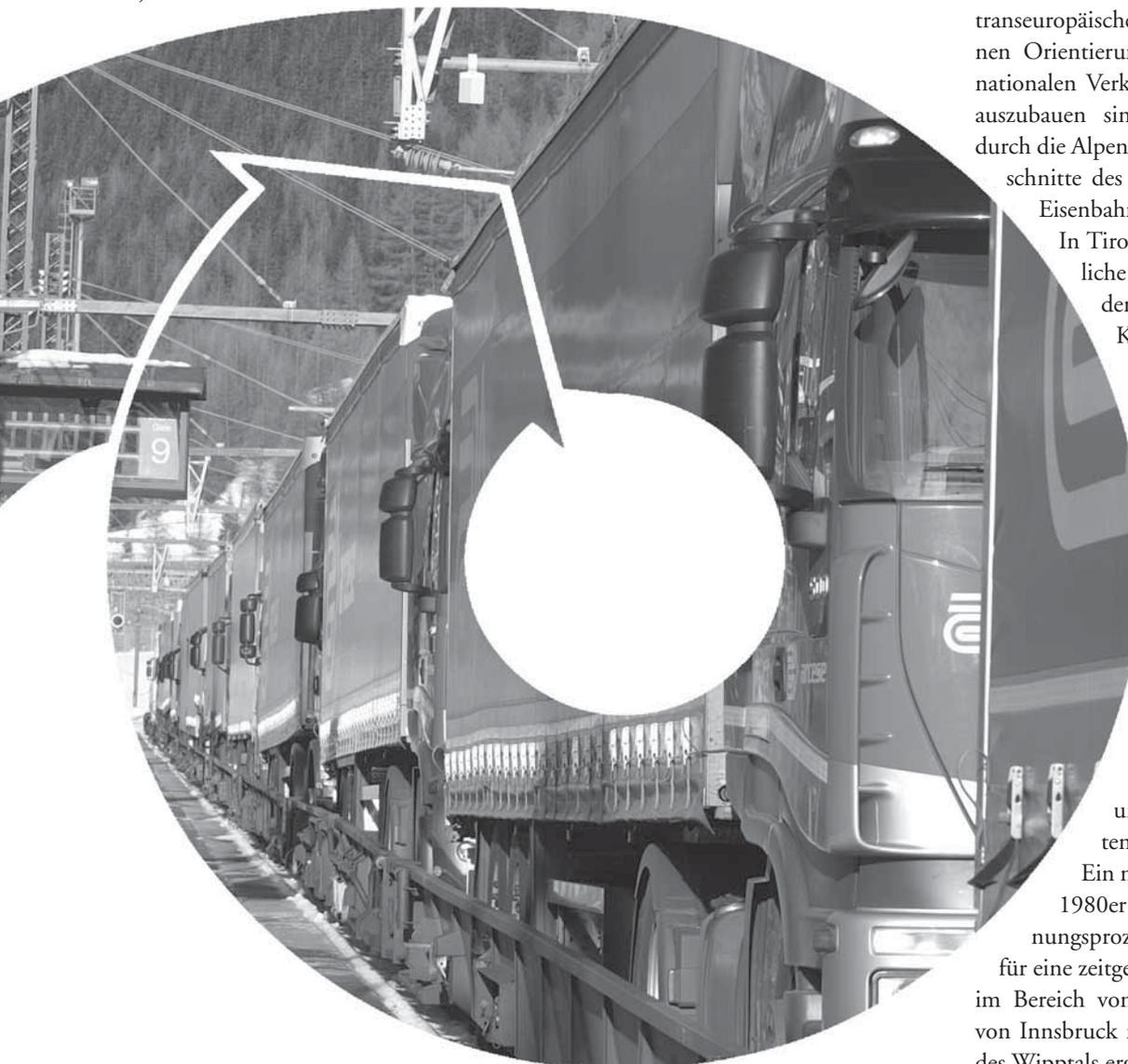
Die Planungsphase befindet sich nun endgültig in der Zielgeraden, bald soll auch in Österreich mit dem Bau des Probestollens begonnen werden.

Planungsprozess

Seit 1996 bilden die Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN) einen Orientierungsrahmen für die internationalen Verkehrsachsen, die vorrangig auszubauen sind. Der Brennerkorridor durch die Alpen ist einer der zentralen Abschnitte des TEN-Projekts Nr. 1, der Eisenbahnachse Berlin – Palermo.

In Tirol dient die in Bau befindliche neue Unterinntalbahn der Beseitigung des größten Kapazitätsengpasses des gesamten Brennerkorridors, da sich zwischen Wörgl und Innsbruck der Nord-Süd- und der Ost-West-Verkehr überlagern. Die anschließende Bergstrecke Innsbruck – Bozen mit Steigungen von bis zu 26 ‰ und Kurvenradien von zum Teil weniger als 300 m verhindert hohe Anhängelasten im Güterverkehr und hohe Geschwindigkeiten im Personenverkehr.

Ein mehrstufiger, seit Mitte der 1980er Jahre stattfindender Planungsprozess hat als beste Lösung für eine zeitgemäße Querung der Alpen im Bereich von Tirol einen Basistunnel von Innsbruck nach Franzensfeste östlich des Wipptals ergeben.



Die Länge des Tunnels von Innsbruck bis Franzensfeste beträgt ca. 55 km, vom Portal bei Volders aus gerechnet entsteht mit einer Länge von 62,7 km die längste unterirdische Eisenbahnstrecke der Welt.

Verlauf und Ausstattung

Von Norden wird man in den Brennerbasistunnel (BBT) entweder abzweigend aus der Südumfahrung Innsbruck oder vom Portal südlich des Bahnhofs Innsbruck gelangen. Die Maximalneigung des Tunnels beträgt 6,7 ‰, der Scheitelpunkt liegt direkt unter der Staatsgrenze auf einer Seehöhe von 794 m, somit etwa 600 m tiefer als der Brennerpass. Das Südportal des BBT befindet sich im Bereich des Bahn-

hofs Franzensfeste, hinter dem sofort der nächste Tunnel der Brennerbahn Richtung Süden beginnt.

Das System BBT besteht aus zwei Richtungstunnels mit einem Abstand von 70 m und dem „Servicestollen“, der mittig etwa 12 m tiefer liegt und abschnittsweise dem ursprünglichen Sondierstollen entspricht. Er dient vor allem der Entwässerung der beiden Hauptröhren, kann aber z.B. auch für eine unterirdische Hochspannungsleitung genutzt werden. Die Hauptröhren sind alle 333 m durch Fluchtstollen verbunden. Im Bereich von Patsch, Steinach/Vals und Pfitsch sind für den Notfall unterirdische Evakuierungsbahnhöfe vorgesehen, jener von Steinach verfügt auch über zwei Überholgeleise.



Auswirkungen in der Bauphase

Auch wenn die oberirdischen Auswirkungen des mindestens zwölf Jahre dauernden Baus des BBT geringer sein werden als im Unterinntal, wird es doch einige Bereiche mit sicht- und spürbaren Aktivitäten geben.

Vorgesehene Portale

Folgende Portalbereiche einschließlich der Zwischenangriffe sind vorgesehen:

- östliches Tunnelportal der Südumfahrung beim „Sautrog“,
- Zwischenangriff Ampass bei der Raststätte Ampasser Hof,
- Portalbereich Innsbruck/Sillschlucht mit Einbindung in den Hauptbahnhof,
- Zwischenangriff Ahrental oberhalb von Unterberg,
- Zwischenangriff Wolf südlich von Steinach.

Geplante Deponien und Anlagen

Flächenmäßig die größten Eingriffe stellen die geplanten Deponien für das Ausbruchmaterial dar, die 12 Mio. m³ aufnehmen müssen:

- Deponien Ampass Nord und Süd zwischen Autobahn und Ampasser Landesstraße,
- Deponie Ahrental Süd vor dem Zwischenangriff Ahrental,
- Deponie Europabrücke unterhalb der Raststätte,
- Deponie Padastertal in einem Seitental südlich von Steinach.

Guter Start des INTERREG-Programmes Italien - Österreich

Der Lenkungsausschuss des Programmes hat Ende Juli die ersten 32 Projekte genehmigt. Damit werden Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 26 Mio. Euro in Gang gesetzt und es kann mit EU-Förderungen in Höhe von insgesamt 15 Mio. Euro gerechnet werden. Im Vorfeld der Entscheidung wurden insgesamt 90 Projektvorschläge in Bezug auf ihre Qualität bewertet, 1/3 davon konnte die Auslesekriterien erfüllen.

Tirol hat dabei überdurchschnittlich gut abgeschnitten: an 20 der genehmigten Projekte sind Tiroler Partner beteiligt. Das Gesamtvolumen der Tiroler Projektteile beträgt 7,3 Mio. Euro und es ergibt sich eine EU-Förderung von 3,5 Mio. Euro. Genehmigt wurden z.B. ein Forschungsprojekt zur Verletzungsprävention im alpinen Schilaulauf, ein Mobilitätsprojekt in den Tiroler und Südtiroler Gemeinden zur Förderung der Nutzung des öffentlichen Verkehrs, die Realisierung eines grenzüberschreitenden Museumsnetzwerkes im Gebiet der Terra Raetica in Kooperation mit dem Veneto und Friaul, der Aufbau einer grenzüberschreitenden Plattform zwischen Tirol und Südtirol zum Thema Migration.

Gefördert werden auch die Projekte zum Aufbau regionaler grenzüberschreitender Kooperationsplattformen:

- Interreg-Rat Terra Raetica (Bezirk Landeck und Imst, Vinschgau, Unterengadin und Val Müstair),
- Interreg-Rat Wipptal (nördliches und südliches Wipptal),
- Interreg-Rat Dolomiti Live (Osttirol, Südtiroler Pustertal, Belluno).

Somit konnte erfolgreich in die neue Förderperiode gestartet werden. Eine weitere Ausschreibung wird voraussichtlich noch im Herbst des heurigen Jahres veröffentlicht werden. ■

www.interreg.net

Dazu kommen zwei Wohnlager beim Handlhof und bei Stafflach, deren Realisierung und Umfang jedoch von den beauftragten Bauunternehmen abhängt. Beim ÖAMTC-Fahrtechnikzentrum und in Steinach sowie in der Franzensfeste in Südtirol sind Informationszentren vorgesehen. Insgesamt werden in der Bauphase Flächen von etwa 70 ha in Anspruch genommen, von denen aber 50 ha auf die Deponien entfallen, auf denen wegen der phasenweisen Schüttung jeweils nur eine Teilfläche vegetationsfrei ist.

Planungsgrundsätze

Die Planer haben sich erfolgreich bemüht,

- die oberirdischen Eingriffe auf wenige Stellen zu konzentrieren, die nach Möglichkeit abseits der Siedlungen und Erholungsräume und in der Nähe der Autobahn liegen;
- Baustellenverkehr durch die Siedlungen zu vermeiden und die Transportwege möglichst kurz zu halten;
- den Materialtransport zu den Deponien weitgehend mit Förderbändern abzuwickeln; nur etwa ein Zehntel des gesamten Ausbruchs muss über die Autobahn zur Deponie Europabrücke gebracht werden.

Mögliche Belastungen

Mögliche Belastungen von Anrainern durch Lärm, Schadstoffe und Erschütterungen werden laufend überwacht, damit im Fall von erheblichen Auswirkungen Maßnahmen zu deren Reduktion ergriffen werden können. Auch von Fachleuten schwer einzuschätzen sind die Auswirkungen des Tunnelbaus auf die Oberflächen-gewässer, da die Wirksamkeit von Abdichtungsmaßnahmen von vielen Faktoren abhängt. Dies betrifft vor allem den Bereich des obersten Wipptals, Venntal und Valsertal. Eine regelmäßige Information der betroffenen Bevölkerung soll das Baugeschehen für die Anrainer vorhersehbar machen. Die in Summe verantwortungsvolle Planung wird im Zuge des laufenden UVP-Verfahrens mittels Auflagen durch die Behörde noch verträglicher für Umwelt und Bevölkerung gestaltet.

Positive Nebeneffekte

Neben den Belastungen dürfen jedoch nicht die positiven Effekte übersehen werden, die eine derartige Großbaustelle mit sich bringt.

Hunderte von Bauarbeitern – oft fern der Heimat – werden Beherbergungsbetriebe, Gastronomie und Handel zusätzlich beleben. Dazu kommt der nicht zu unterschätzende „Baustellen-tourismus“ – so hat

der vergleichbare Gotthardtunnel in der Schweiz bereits hunderttausende Interessierte angelockt. Ähnliches ist bei entsprechender „Vermarktung“ auch beim BBT zu erwarten.

In welchem Umfang regionale Baufirmen und Handwerker profitieren, ist schwer vorherzusagen. Aufgrund des hohen Spezialisierungsgrades des Tunnelbaus dürfen die Erwartungen aber nicht zu hoch angesetzt werden.



Auswirkungen nach der Fertigstellung

Durch ein derart großes und einschneidendes Infrastrukturprojekt sind strukturelle Veränderungen im Raum zu erwarten, einerseits durch die Beschleunigung des Bahnverkehrs, andererseits durch die Entlastung der angespannten Umweltsituation im Brennerkorridor.

Der oberirdische Flächenverbrauch durch den BBT nach der Fertigstellung ist mit ca. 5 ha, die fast zur Gänze auf die Retentionsplätze vor den Portalen zurückzuführen sind, als vernachlässigbar anzusehen.

Verlagerung des Güterverkehrs

Erklärtes verkehrs- und umweltpolitisches Hauptziel des Brennerbasistunnels ist die Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene, um die Bevölkerung entlang des Brennerkorridors von den Auswirkungen des LKW-Verkehrs zu entlasten. Durch den Bau des Tunnels werden dafür die nötigen Voraussetzungen geschaffen, zusätzlich braucht es aber entsprechende verkehrspolitische Rahmenseetzungen, den Ausbau des gesamten Korridors von

München bzw. Rosenheim bis Verona und ausreichende Verlademöglichkeiten in Form von Güterterminals an den Zulaufstrecken.

Die Bewohner der Alpentäler zwischen Bayern und der Poebene werden unter diesen Voraussetzungen durch den BBT eine Entlastung von den Auswirkungen des LKW-Verkehrs erfahren. Laut Prognosen dadurch, dass Zuwächse im Güterverkehr durch die Bahn abgedeckt werden und so eine „relative“ Entlastung gegenüber dem Unterbleiben des Tunnels stattfindet. Bei einer weiteren Verteuerung des Treibstoffs ist sogar eine Abnahme des LKW-Verkehrs über den Brenner denkbar, was der Bevölkerung auch absolut eine Entlastung und eine Verbesserung der Lebensqualität beschern würde.

Das Wipptal würde eine zusätzliche Entlastung dadurch erfahren, dass auch die Güterzüge großteils unter der Erde verkehren, was eine deutliche Lärmverringerung mit sich bringt. Aber auch hier braucht es hoheitliche Eingriffe, damit der Güterverkehr nicht aufgrund der voraussichtlich geringeren Trassenbenutzungsgebühren auf der Bestandsstrecke den Tunnel vermeidet. Dies ist vor allem in der Nacht undenkbar und abzulehnen.

Beschleunigung des Personenverkehrs

Im internationalen Personenverkehr ist das auffälligste Resultat des Brennerbasistunnels die Verkürzung der Reisezeit Innsbruck – Bozen von zwei Stunden auf weniger als die Hälfte.

Mit 45 min Fahrzeit rücken die beiden Landeshauptstädte Tirols und Südtirols deutlich zusammen, stärkere Verflechtungen der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes sowie von Einrichtungen der höheren Bildung und Forschung sind sehr wahrscheinlich.

Auf den Zulaufstrecken werden im Vergleich dazu nur mehr sehr geringe Zeitgewinne erzielt, weshalb die 1 ¼ Stunden Zeitersparnis auf längeren Strecken anteilmäßig nicht mehr derart ins Gewicht fallen. Im alpenquerenden Verkehr darf daher der Verlagerungseffekt vom Flugzeug oder PKW auf die Bahn voraussichtlich nicht überschätzt werden. Auf Teilstrecken steigt die Attraktivität der Bahn für Kurzurlaube – vor allem zwischen den oberitalienischen Städten und Tirol.

Touristisch profitieren werden davon aber hauptsächlich jene Städte, in denen ein Zwischenhalt im Schnellverkehr vorgesehen ist.

Mit dem BBT besteht auch die Möglichkeit, den Verkehr Innsbruck – Lienz deutlich zu beschleunigen. Eine Verkürzung der Fahrzeit von derzeit 3 ¼ Stunden auf ca. 2 ½ Stunden ist dabei realistisch. Eine beschleunigte Tagesrandverbindung Innsbruck – Lienz und umgekehrt könnte nicht nur positive Impulse für Osttirol liefern, sondern auch das Eisack- und das Pustertal zu beiderseitigem Nutzen enger mit Innsbruck verknüpfen.



Änderung räumlicher Strukturen Begleitende Maßnahmen

Die Auswirkungen großer Verkehrsbauten auf räumliche Prozesse sind aber erst wenig erforscht. Das Schweizer Bundesamt für Raumentwicklung untersucht derzeit im Projekt „Räumliche Auswirkungen der Verkehrsinfrastrukturen“ anhand von Fallstudien (darunter der Vereinatunnel von Klosters ins Engadin) derartige Zusammenhänge. Zwischenergebnisse zeigen, dass die untersuchten großen Verkehrsinfrastrukturen in der Schweiz kurzfristig – entgegen den Einschätzungen der Fachleute – keine tiefgreifenden räumlichen Prozesse wie die Schaffung neuer Arbeitsplätze, Bautätigkeit, steigende Bodenpreise oder soziale und funktionelle Differenzierungen ausgelöst haben. Der Untersuchungszeitraum ist aber recht kurz, weshalb noch nichts über Langzeitwirkungen bekannt ist. Von den deutlich engeren Verflechtungen von Bozen und Innsbruck durch den BBT werden sicher wirtschaftliche Impulse ausgehen. Deren Ausmaß ist seriöserweise aber schwer abzuschätzen und hängt auch stark von Maßnahmen in anderen Politikbereichen ab. Bauimpulse sind vor allem im Großraum Innsbruck zu erwarten. Im Rahmen der Betriebsansiedlung des Landes kann mit der verbesserten Erreichbarkeit geworben werden, was zusätzliche Impulse mit sich bringen kann. Durch den BBT wird das Wipptal mittelfristig eine Verbesserung der Umweltsituation erfahren, was sich auch positiv auf die wirtschaftliche Struktur der Talschaft auswirken sollte.

Abschließend muss noch einmal betont werden, dass der BBT nur ausreichend verkehrswirksam werden kann, wenn begleitende Maßnahmen ergriffen werden. Dazu zählen vor allem ordnungspolitische Rahmensetzungen durch Tirol, Österreich und die EU zur Verkehrsverlagerung auf die Schiene sowie der zeitgerechte Ausbau der Zulaufstrecken und der nötigen Verladeterminale. Erst dann können die erwünschten Entlastungen der Anrainer entlang des Brenner-Korridors und vor allem im Wipptal erzielt werden. Mit der Ausgestaltung dieser nötigen Rahmenbedingungen muss bereits möglichst frühzeitig begonnen werden.

Nach Fertigstellung des Brennerbasistunnels sind aus Sicht der Raumordnung folgende Forderungen zu erfüllen:

- Im Sinne einer besseren Verknüpfung Tirols mit dem europäischen Hochleistungsnetz haben alle fahrplanmäßigen Personenzüge im Hauptbahnhof Innsbruck zu halten.
- Als Rückgrat des Nahverkehrs im Wipptal muss die Bestandsstrecke langfristig erhalten bleiben.
- Im Interesse der Anrainer darf in der Nacht die Führung von Güterzügen über die Bestandsstrecke nur im Falle von Streckenunterbrechungen im BBT erlaubt sein. ■

Baulandbilanzen in peripheren Gebieten

Manfred Riedl

Für insgesamt 40 Gemeinden aus 7 Planungsverbänden in den Bezirken Landeck und Reutte liegen nunmehr Baulandbilanzen vor. Die gegenständliche Analyse befasst sich mit den Strukturen und Potenzialen für den Wohnbau und stellt den Vergleich mit den Auswertungen im Tiroler Zentralraum her.

Die Bebauung wurde aus den digitalen Luftbildkarten des Landes (Befliegung im Juli und September 2006) ermittelt. Die Darstellung der Widmung erfolgt aus den digitalen Flächenwidmungsplänen der Gemeinden mit Stand Jahresende 2006.

Nicht erfasst sind Gemeinden aus dem Oberen Gericht (Befliegung erst 2007) und einige Gemeinden im Lechtal, für welche noch keine digitalen Flächenwidmungspläne verfügbar sind.

Verfügbares Bauland

Die untersuchten 40 Gemeinden in den Bezirken Landeck und Reutte weisen in Summe 1.800 Hektar an Bauland auf. Davon entfallen 1.628 Hektar oder 90 % auf Wohn- und Mischgebiete.

Der überwiegende Anteil an Bauland für Wohnzwecke steht in kleinen Orten (< 2.000 Einwohner) zur Verfügung. In den insgesamt 7 größeren Orten wohnen mehr als die Hälfte der Einwohner, diese Gemeinden verfügen mit 650 Hektar an wohnbaufähigem Bauland aber nur über einen Anteil von 40%.

Flächeninanspruchnahme

In den untersuchten 40 Gemeinden in peripheren Landesteilen wohnen mit Stand 2006 insgesamt ca. 53.500 Einwohner in über 20.000 Haushalten und rund 12.500 Gebäuden mit Wohnungen. Von den tatsächlich bebauten Widmungsflächen entfallen im Durchschnitt 214 m² auf jeden Einwohner, 570 m² auf jeden Haushalt und 924 m² auf jedes Wohngebäude. Die Inanspruchnahme von Grundfläche für Wohnzwecke je Einwohner differiert nach Gemeindetyp beträchtlich: In großen Orten mit höherer Baudichte liegen diese Werte unter 150, in ländlichen Orten mit vorherrschender



Nr.	Planungsverband	Bauland	Widmung	Unbebaut	Quote
			W+M	W+M	unbebaut
1	Tannheimertal	96,20	94,81	35,35	37,3
2	Reutte u. U.	557,80	458,71	149,56	32,6
3	Oberes Lechtal	114,84	114,84	43,69	38,0
4	Zwischentoren	226,55	224,59	66,1	29,4
5	Stanzertal	203,30	183,6	49,45	26,9
6	Landeck u. U.	443,56	393,86	110,14	28,0
7	Paznauntal	158,17	157,26	23,79	15,1

Tabelle: Bauland und Reserven nach Planungsverbänden

Einfamilienhaus-Bauweise und auch in Tourismusgemeinden mit gewerblicher Nutzung steigt der Grundbedarf auf Werte bis nahe 500 m² je Einwohner.

Unbebaute Grundflächen

In den untersuchten 40 Gemeinden in den Bezirken Landeck und Reutte sind 478 Hektar bzw. 29,4% der gewidmeten Wohn- und Mischgebiete unbebaut. Die Bandbreite des Anteils an unbebauten Grundflächen nach Gemeinden ist sehr groß und schwankt zwischen 11 und 52%.

Die Baulandbilanzen der untersuchten Gemeinden im Bezirk Reutte weisen im Durchschnitt sehr hohe Anteile an unbebauten gewidmeten Grundflächen auf, die Hälfte dieser Gemeinden verfügt über Reserven von mehr als einem Drittel ihrer Widmungsfläche. Andererseits fällt auf, dass Gemeinden mit engem naturräumli-

chen Raumangebot - etwa im Paznauntal - auch hinsichtlich ihrer Baulandreserven offensichtlich begrenzt sind. Auch tourismusintensive Gemeinden weisen eher geringe Flächenanteile an unbebautem Bauland aus.

Dynamik der Siedlungsentwicklung

Nach der demographischen Prognose der ÖROK für den Zeitraum 2001 bis 2031 wird die Zahl der Einwohner in den Bezirken Landeck und Reutte stagnieren, jene der jungen Bevölkerung um ein Viertel abnehmen. Vor allem von der Überalterung der Gesellschaft beeinflusst, nimmt die Zahl der Haushalte und damit der spezifische Wohnungsbedarf trotzdem zu. Betrachtet man die Wohnbauentwicklung der untersuchten Gemeinden in den zurückliegenden Jahrzehnten (1981 bis 2001), weisen sehr viele dieser Gemeinden

Nr.	Planungsverband	Einwohner 2006	jährliche Zunahme an Wohngebäuden 1981 – 2001	zeitlicher Spielraum in Jahren	Einwohner final
1	Tannheimertal	1.582	0,8	58	2.523
2	Reutte u. U.	13.177	1,4	29	19.552
3	Oberes Lechtal	2.032	0,9	51	3.280
4	Zwischentoren	5.257	1	36	7.449
5	Stanzertal	6.447	1,6	20	8.823
6	Landeck u. U.	18.862	1,5	22	26.184
7	Paznauntal	6.292	0,7	23	7.414
	Summe	53.649	1,3	32	75.225

Tabelle: Dynamik der Entwicklung auf Basis vorhandener Baulandreserven

nur geringe Zuwachsraten auf, einige abgelegene Gemeinden haben sogar negative Bilanzen. Regional gesehen stellen die Planungsverbände Landeck und Umgebung sowie Reutte und Umgebung sowohl von der Quantität als auch in Hinsicht auf die Dynamik noch wachsende Wohnbauregionen dar.

Unter der Annahme der Fortschreibung der bisherigen baulichen Entwicklung und einer (theoretisch) vollständigen Baulandmobilisierung würden die vorhandenen Baulandreserven in allen Planungsverbänden für zumindest 2 Jahrzehnte ausreichen, in manchen Gebieten reicht das Baulandangebot über die nächste Generation hinaus noch aus.

Vergleich der Baulandbilanzen von Peripherie und Zentralraum

Den summierten Baulandbilanzen von 40 Gemeinden aus den Bezirken Landeck und Reutte kann die Zusammenfassung der gleichen Auswertungen von 71 Gemeinden aus dem Tiroler Zentralraum (ohne Innsbruck) gegenübergestellt werden.

- Die überwiegend offene Bauweise und wohl auch der geringere Baulandpreis in der Peripherie erhöhen die Flächeninanspruchnahme erheblich: 214/168 m² baulich genutzte Widmungsfläche je Einwohner.
- Die deutlich geringere Nachfrage nach Wohnbauland führt in der Peripherie zu höheren Baulandreserven: 29,4/26,5 % Anteil an gewidmeten Flächen für den Wohnbau.
- Die deutlich geringere (und in Zukunft noch weiter abnehmende) Wohnbautätigkeit in der Peripherie führt in Zusammenhang mit größeren Baulandreserven zu sehr deutlichen Unterschieden in der Dynamik der örtlichen Entwicklung: 32/16 Jahre Spielraum zum Aufbrauchen der Reserven.
- Ausnahmen bestätigen die Regel: Besonders enge naturräumliche Verhältnisse oder auch starke touristische Nachfrage erhöhen die Siedlungsdichte und verringern den Baulandüberhang in peripheren Gebieten. ■

Entwicklung qualitativvoller Siedlungen

Martin Schönherr

Die Entwicklung qualitativvoller Siedlungen bei gleichzeitig sparsamem Umgang mit Grund und Boden sowie Berücksichtigung der weiteren Ziele der Raumordnung ist einer der im ZukunftsRaum Tirol festgehaltenen Schwerpunkte für eine positive räumliche Entwicklung des Landes.

Dies bedingt eine Forcierung der Innenentwicklung von Siedlungen und eine wohlüberlegte Planung bei Erweiterungen „nach außen“ am bestehenden Siedlungsrand. Dies gilt im besonderen Maße auch bei der Schaffung neuer Siedlungsräume abseits bestehender Siedlungskörper.

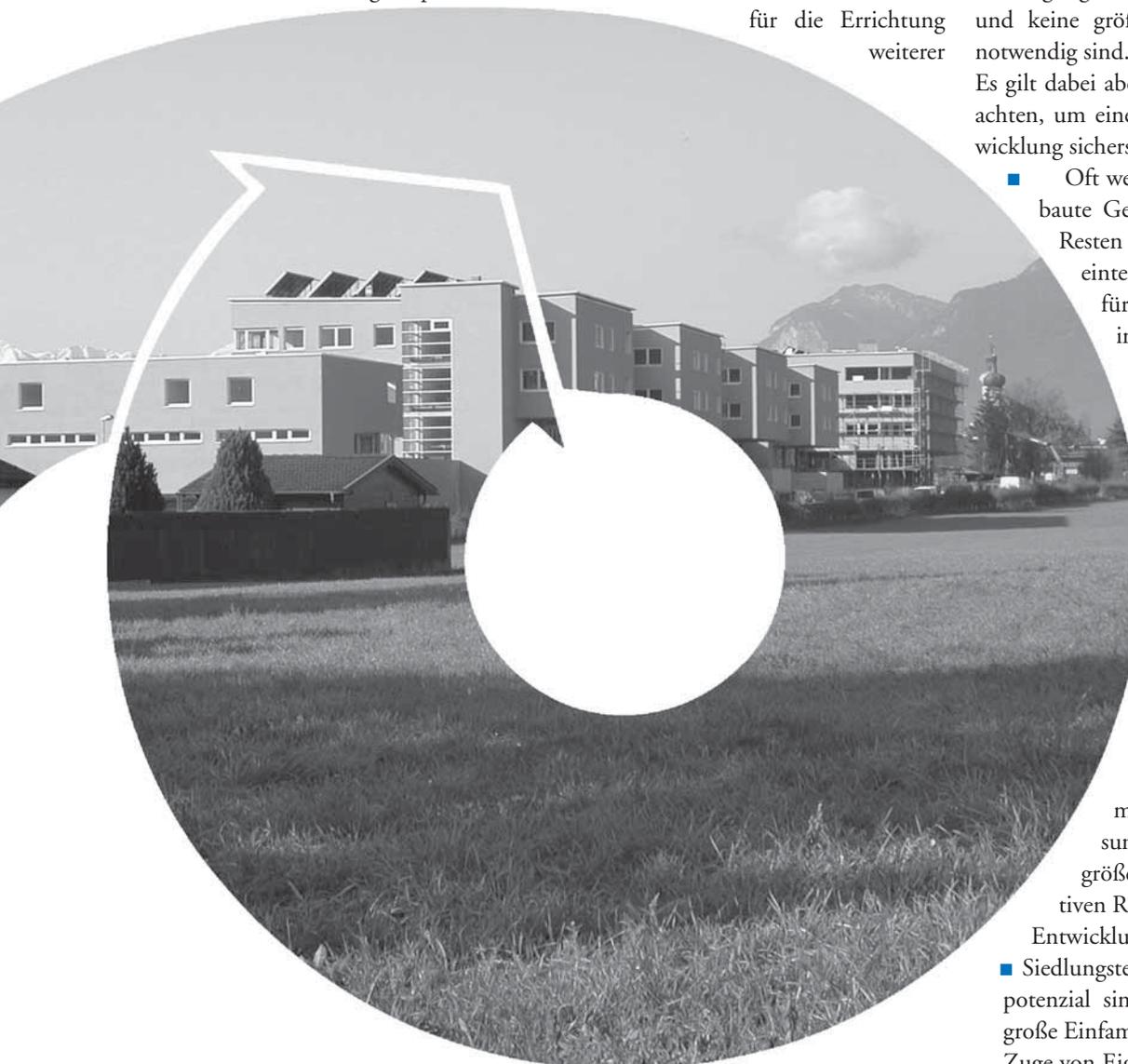
Entwicklung nach innen

Die Kartierung der Baulandreserven in den Tiroler Gemeinden macht es deutlich: Der Siedlungsbestand bietet mancherorts bedeutsame Flächenreserven für Zu- und Aufbauten bei bestehenden Häusern sowie für die Errichtung weiterer

Einzelobjekte zwischen bestehenden Bauwerken. Diese Art des Siedlungswachstums ist im Allgemeinen die im Hinblick auf den Ressourcenverbrauch verträglichste, da an bestehende Infrastrukturen (z.B. Verkehrserschließung und Wasserver- bzw. -entsorgung) angeschlossen werden kann und keine größeren Neuerschließungen notwendig sind.

Es gilt dabei aber folgende Punkte zu beachten, um eine geordnete bauliche Entwicklung sicherstellen zu können:

- Oft weisen bis jetzt schütter verbaute Gebiete eine Mischung aus Resten landwirtschaftlicher Flureinteilung und Parzellierungen für Einzelhäuser auf. Wird im Bebauungsplan nicht geregelt, wie groß Gebäude werden dürfen, so kann es passieren, dass ein Einzelbauvorhaben auf größerer Grundstücksfläche - ohne die Dichtevorgaben des Bebauungsplans zu sprengen - erheblich vom Größenmaßstab der Umgebung abweicht. Die ergänzenden Festlegungen im Bebauungsplan bieten hier mit „Gebäudehöchstabmessung“ und „Bauplatzhöchstgröße“ Instrumente zur effektiven Regulierung unerwünschter Entwicklungen.
- Siedlungsteile mit Nachverdichtungspotenzial sind oftmals geprägt durch große Einfamilienhausparzellen, die im Zuge von Eigenbedarf nachträglich ge-



teilt werden. Die Folge davon ist eine Ansammlung gewachsener Erschließungssysteme aus Servituten, Weginteressenschaften u.ä. Die Gemeinde muss hier das Heft der Planungshoheit wieder in die Hand bekommen und durch die Planung öffentlicher Verkehrswege eine sinnvolle gemeinschaftliche Erschließung festlegen. Dabei sind auch die Flächenansprüche der Erschließung für eine größere Bevölkerungszahl zu berücksichtigen.

Erweiterung nach außen

Erweiterungen am Siedlungsrand nach außen bieten sich überall dort an, wo durch unregelmäßige Begrenzung der Siedlung zu den Freiräumen hin größere Arrondierungsmöglichkeiten entstanden sind und keine übergeordneten (z.B. Grünzone, Sichtzone zu historischen Gebäuden etc.) oder besonderen ortsplannerischen Gründe das Freihalten der verbleibenden Flächen erfordern.

Auch Erschließungsstraßen entlang des Siedlungsrandes können Ansatzlinien der Siedlungsentwicklung sein, da somit bestehende Infrastrukturen durch beidseitige Bebauung intensiver genutzt werden können.

Hier gilt es folgende Punkte zu beachten, um eine geordnete bauliche Entwicklung sicherstellen zu können:

- Erweiterungen müssen kompakt angeordnet werden und dürfen nicht so abgegrenzt sein, dass sie wiederum Ansatz für spätere Erweiterungen werden können.
- Erschließungsstraßen in Randlage zu Freiflächen sind zu vermeiden. Erschließungsstraßen sind so zu planen, dass Lastkraftwagen im Falle einer Stichwegführung ohne zu reversieren wenden können (Umkehrschleifen).
- Bestehen im Ort bereits Anbindungen an den öffentlichen Personennahverkehr, so sind Siedlungserweiterungen bevorzugt im Nahebereich der Haltestellen anzuordnen.
- Eine fußgängerfreundliche Erschließung ist sicherzustellen. Diese kann durch Gehsteige erfolgen. Vor allem sind aber abkürzende Fußwegverbindungen durch das bestehende Siedlungsgefüge vorzusehen, um Umwege für die Bewohner zu vermeiden.
- Die Leistungsfähigkeit der bestehenden Infrastruktur ist zu berücksichtigen. Zuerst sind bestehende Einrichtungen vollständig auszunutzen. Erst dann sollten Erweiterungen vorgenommen werden.



Errichtung am neuen Standort

Die Gemeinde sieht sich mit Neuerrichtungen von Siedlungsansätzen abseits bestehender Siedlungskörper vor allem im Rahmen von kurzfristigen Grundverfügbarkeiten konfrontiert. Hier gilt es nichts zu überstürzen und Vor- und Nachteile genau abzuwägen. In der Regel führen Siedlungsneugründungen zu einer schleichenden Verlagerung des Bevölkerungsschwerpunktes zwischen bestehende Ortschaften und Neubaugebiete. Eine Folge ist auch ein starker Siedlungsdruck auf die verbleibenden Freiräume zwischen den Ortsteilen.

Für die Standortwahl bzw. -bewertung sind folgende Kriterien zu berücksichtigen:

- Im Verhältnis zum Siedlungsbestand der Gemeinde sind größere Siedlungsplanungen (über den durch Baulandreserven nicht gedeckten örtlichen Bedarf der 10 Jahresprognose hinaus gehend) im jeweiligen Planungsverband abzustimmen. Sie sollen nur zulässig sein, wenn sie bei Berücksichtigung des 10-Jahre-Bedarfs im gesamten Planungsverband geeignet sind, in anderen Verbandsgemeinden allenfalls bestehende Defizite auszugleichen oder deren Bedarfsplanungen zu revidieren.
- Neue Siedlungen müssen im Nahbereich bestehender oder zusammen mit der Erweiterung ausgeführter Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs liegen. Zumutbare Fußwegdistanzen werden in der Fachliteratur mit 300 – 600 m begrenzt. Größere Höhenunterschiede erschweren den Zugang zu den Haltestellen und verkleinern die zumutbaren Fußwegdistanzen erheblich.
- Neue Siedlungen dürfen nicht in der Nähe von intensiv genutzten oder geplanten überörtlichen Verkehrswegen (z.B. Umfahrungsstraßen) errichtet werden, da dort die Wohnqualität leiden wird. Die überörtliche Straße wird ihren Umfahrungscharakter verlieren und es entstehen langfristig neue Umfahrungsansprüche.
- Siedlungen dürfen sich nicht in Richtung größerer Naturgefährdung ent-

wickeln. Dieser Punkt gilt zwar ganz allgemein für jegliche räumliche Entwicklung (vgl. TROG 2006, §27) – ist jedoch gerade bei neuen Siedlungsansätzen von besonders hohem Gewicht.

- Neue Siedlungen dürfen zusammenhängende Landschaftsräume nicht so zerschneiden, dass die Freiraumnutzung erschwert wird bzw. die Freiraumfunktionen maßgeblich beeinträchtigt werden (z.B. Landwirtschaft, Erholung, Ökologie).
- Nutzungskonflikte mit bestehenden baulichen Nutzungen dürfen an solchen neuen Standorten nicht hervorgerufen werden (z.B. bezüglich Gewerbe, Verkehrswege, Landwirtschaft). Ausreichende Pufferräume sind daher vorzusehen und auch entsprechend zu gestalten.
- Negative Auswirkungen auf das Orts- und Landschaftsbild sind zu vermeiden. Dazu gehört auch die Signalwirkung des neuen Siedlungsteiles im Landschaftsbild und die daraus folgenden Beispielswirkungen, die ähnliche Projekte in der Nachbarschaft nach sich ziehen.
- Die Kosten der infrastrukturellen Neuerschließung der neuen Siedlung sind vollständig zu erfassen und mit den Kosten einer Baulandmobilisierung in bereits erschlossenen und für die Siedlungsentwicklung reservierten Bereichen zu vergleichen. Nur wenn die Kosten der Neugründung unter denen einer Ergänzung nach innen liegen, ist die neue Entwicklung gerechtfertigt.
- Es muss sichergestellt werden, dass die neue Siedlung binnen kurzer Frist und vollständig ihrer baulichen Verwendung zugeführt wird. Durch Bauverpflichtungen ist eine ungeplante schrittweise Verbauung (zuerst die „guten“ Grundstücke) mit rudimentärer Erschließung zu vermeiden.

Um eine geordnete bauliche Entwicklung sicherstellen zu können, gilt es weitere Punkte zu beachten:

- Siedlungsneuplanungen ohne Zielvorstellung vom künftigen Ortsbild zeugen von fahrlässigem Umgang mit der Gemeindeentwicklung. Daher



sind - jedoch erst nach dem Prozess der Standortwahl - unter Einbeziehung verschiedener Planer im Rahmen eines Gutachterverfahrens verschiedene Lösungsansätze für solche Neuentwicklungen zu ermitteln. Wenn sich solche Investitionen nicht „rentieren“, dann sollte sich die Gemeinde die Frage stellen, ob ihre Planungsentscheidung sachlich überhaupt gerechtfertigt ist.

- Neubausiedlungen bedürfen einer inneren, barrierefreien und fußläufigen Erschließung der kurzen Wege und weitestgehender Reduktion der Flächenpräsenz des motorisierten Individualverkehrs. Dies erfordert allenfalls die Schaffung von Sammelgaragen und die stark beschränkte Zufahrt (z.B. für Lieferungen) zu den Wohnbauten.
- Die Errichtung von Versorgungseinrichtungen in Neubausiedlungen ist grundsätzlich zweckmäßig, jedoch abhängig von der Größe der betreffenden Gemeinde und des Neubaugebietes. Welche Einrichtungen dort vorzusehen sind, hängt wesentlich davon ab, welchen Wert man dem eigentlichen Zentrum einräumt. Eine Schwächung

der bestehenden Gemeindestruktur ist zu vermeiden (z.B. Abwanderung des Nahversorgers an einen Standort zwischen beiden Ortsteilen).

- Die Anlage von Siedlungen muss Boden sparend erfolgen. Es geht nicht darum, städtischen Geschosswohnbau in ländliche Gebiete zu verpflanzen, sondern darum, durch eine weitestgehende geschlossene Verbauung attraktive halböffentliche Räume zu schaffen. Das bedingt kleinere Parzellengrößen pro Einheit (um 300 m²), die sich an den Höchstsätzen der Wohnbauförderung orientieren. Das herkömmliche freistehende Einfamilienhaus sollte im künftigen Siedlungsbau die Ausnahme unter besonderen örtlichen Gesichtspunkten und nicht die Regel sein. ■

www.tirol.gv.at/raumordnung



Autorenverzeichnis

Günther Platter

Landeshauptmann von Tirol

Elmar Berktold

Dr., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Sigrid Hilger

Mag., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Franz Rauter

Mag., Vorstand der Abteilung Raumordnung-Statistik,
Amt der Tiroler Landesregierung

Manfred Riedl

Dipl.-Ing., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Martin Schönherr

Dipl.-Ing., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Gustav Schneider

Mag., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Christian Schwaninger

Dipl.-Ing., Abteilung Waldschutz, Amt der Tiroler Landesregierung

Christian Switak

Landesrat für Raumordnung und Baurecht der Tiroler Landesregierung

Günther Zimmermann

Dipl.-Ing., Abteilung Waldschutz, Amt der Tiroler Landesregierung

Bildernachweis (ohne Passfotos)

Titelseite "Innsbruck" TVB Innsbruck

Seite 8 Europäische Union; *Seite 12* Dt. Landfrauenverband e.V.; *Seiten 18, 19* Tirol Werbung; *Seite 20* Pamela Blome, Wasser Tirol; *Seiten 24, 25* BEG; *alle anderen Bilder* Fotoarchiv der Abteilung Raumordnung-Statistik

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

